Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 210. Freitag den 8. September 1848.

Unsern geehrten auswärtigen Abonnenten

zeigen wir ergebenst an, daß durch die eingetretene bedeutende Porto-Ermäßigung alle königlichen preußischen Post-Anstalten in den Stand gesetzt sind, vom 1. Oktober d. J. ab die Breslauer Zeitung für den Preis von **1 Rtlr. 24 Sgr. 6 Pf.** pro Quartal zu liefern. **Es ist demnach eine Ermäßigung von 1 Rtlr. 22 Sgr. für den Jahrgang eingetreten.**

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 71 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik" ausgegeben. Inhalt: 1) Pflege des Zeichnenunterrichts. 2) Korrespondenz aus Breslau, Liegnitz, Hirschberg.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 20—26. (320—326.) Bogen des 11. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 150. 151. Frankf. Bg. 171—175.

K Breslau, 7. September.

Die Krisis, in welche wir seit wenig Tagen eingetreten, ist vielleicht die wichtigste von denen, die wir überhaupt seit der Märzrevolution erlebt haben. Sie kann entscheidend für die ganze Zukunft Preußens, entscheidend vor Allem für die Stellung der Parteien werden. Darum halten wir es für die Pflicht eines jeden Organes der Oeffentlichkeit, seine Stellung zu den obschwebenden Fragen klar auszusprechen und erfüllen selbst hiermit diese Pflicht.

Preußen hat gegenwärtig einen Waffenstillstand geschlossen, welcher von der deutschen Centralgewalt möglicher Weise ja sogar wahrscheinlich verworfen werden wird. Hierbei werden die Prinzipien, von welchen die Parteien in der Auffassung der gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnisse ausgehen, einander vielleicht praktisch gegenübertreten. Die Anhänger des Vereinbarungs-Prinzips in Sachen der gemeinsamen deutschen Angelegenheiten werden zum ersten Male von der Unhaltbarkeit ihres Prinzips praktisch belehrt werden. Sie werden in ein Dilemma kommen, aus dem sie sich nur durch eine große Inkonsequenz werden retten können. Sie werden zwei Beschlüsse vor sich haben, beide nach ihrer Theorie gleich berechtigt und gleich bindend und doch in offenbarem Widerspruche stehend, also weil sie nicht vereinbart sind, auch beide nicht bindend. Sie werden nun entweder die Maske abwerfen und erklären müssen, daß sie nur den Partikularstaat anerkennen und ihre angeblichen Sympathien für die deutsche Einheit Lügen waren, oder sie werden sich im Vereinbarungspunkte konsequent bleiben und zu dessen Konsequenz, der Anarchie, getrieben werden, indem sie beide Beschlüsse nicht anerkennen, weil sie eben nicht vereinbart sind, und den Maßstab für ihr Verhalten in ihrem subjektiven Belieben suchen. Sie werden entweder Rebellen gegen die Centralgewalt oder Rebellen gegen ihren König werden. Unsere Stellung wird einfacher und klarer sein. Wir anerkennen als die höchste Gewalt über Deutschland nur die Nationalversammlung und die aus ihr hervorgegangene Centralgewalt und nur ihre Beschlüsse sind für uns verbindlich. Unser Standpunkt ist berechtigt, auch wenn er nicht, wie wir vollkommen überzeugt sein, der allein rechtlich begründet wäre, er ist berechtigt, weil er nach der Revolution sogar von den Regierungen anerkannt worden. Wir kommen in unserm Gehorsam gegen die deutsche Regierung nicht in die Lage, gegen unsere Partikular-Regierung rebelliren zu müssen, denn wir kennen nur eine höchste Gewalt über Deutschland und erachten die deutschen Angelegenheiten der Bestimmung der Einzelstaaten entgegen. Wir werden also, eben weil wir die Revolution anerkennen, den Rechtsboden nicht verlassen, während die Scheinfreunde des vermeintlichen Rechtsbodens sich werden entschließen müssen, entweder Rebellen oder Anarchisten zu werden.

Unsere Stellung in der preußischen Krisis ist von gleicher Klarheit. Wir anerkennen, daß in einem wirklich konstitutionellen Staate den Ministern das Recht zusteht, Beschlüsse der Kammern auch nicht zu berücksichtigen. Aber wir bestreiten, daß der konstitutionelle Staat begründet ist, bevor die Verfassung beiderseitig angenommen ist. So lange nicht durch die Verfassung die Kompetenz der höchsten Staatsgewalten rechtlich geregelt ist, befinden wir uns in einem Provisorium, man mag sich wenden, wie man will. In diesem Provisorium kann bei entstehenden Konflikten nur auch aus dem Prinzip entschieden werden, welches die Revolution und mit ihr das Provisorium herbeigeführt hat und das ist der Grundsatz der Volkssouveränetät. Für jetzt hat die Volkssouveränetät ihren alleinigen organischen Ausdruck in der National-Versammlung, und wie auch durch die Verfassung über die Ausübung dieser Souveränetät verfügt werden mag, für jetzt sind noch keine Verfügungen darüber getroffen und die National-Versammlung darf keine Usurpation dulden.

Aus diesem Grunde verlangen wir für die Beschlüsse der National-Versammlung so lange Gehorsam, bis die Grenzen ihrer Kompetenz gesetzlich werden geregelt sein.

K. Breslau, 7. September.

Wenn auch unsere Minister sich vergnügt die Hände reiben und sich nicht genug bewundern können, daß es ihnen gelungen ist, einen so vortrefflichen Waffenstillstand zu Stande zu bringen, so glauben wir doch bei der Besprechung dieses vortrefflichen Kunststückes unserer Diplomatie ohne allen Beweis von der Annahme ausgehen zu dürfen, daß der mit Dänemark abgeschlossene Waffenstillstand eine Schmach für die Ehre des deutschen Namens ist. Das Händereiben und der Jubel der Minister wird in ein ganz eigenthümliches Licht gesetzt durch den wo möglich noch größeren Jubel der ausländischen Presse, die Geschicklichkeit unserer Minister erhält die schönste Anerkennung durch den Eifer, mit welchem das Ausland die Ehre dieses Waffenstillstandes, das Resultat ihrer Geschicklichkeit, sich zu vindiziren sucht. Wenn also unsere Minister sich mit der auswärtigen Diplomatie zugleich die Hände reiben, so geht daraus sonnenklar hervor, daß entweder beide Theile bei ihrer Freude an ganz verschiedene Dinge denken und also der eine Theil düpirt ist, oder daß die Interessen Deutschlands resp. der preußischen Diplomatie diesmal in rührender Uebereinstimmung stehen mit den dänisch-russisch-französisch-englischen Interessen. So lange dieses denkwürdige Zusammentreffen beiderseitiger Freude und Zufriedenheit nicht genügend erklärt ist, so lange dürfen wir schon a priori voraussetzen, daß unsere Nationalehre wieder einmal blosgestellt worden ist. Und bedürfte es zur Vertheidigung dieser Annahme noch spezieller Hinweisungen, so würden wir nur daran erinnern, daß die provisorische Regierung, welche nicht nur ein fait accomplis, sondern auch von Deutschland und Preußen rechtlich anerkannt ist, aufgelöst wird, daß ihre Regierungsakte außer Kraft gesetzt, durch die Bestimmung, daß die Mitglieder derselben von der neuen Regierung ausgeschlossen bleiben, dem Lande die tüchtigsten bei der jetzigen Sachlage zur Wahrung der Volksrechte gradezu unentbehrlichen Männer entzogen werden und der völlig legale Widerstand Schleswig-Holsteins gegen eine gewaltsame Vernichtung ihrer Selbstständigkeit zu einem strafbaren Aufruhr gestempelt wird, dessen Mitschuldige geworden zu sein, Preußen und Deutschland jetzt reumüthig bekennen. Wem dies noch nicht genügt, der erinnere sich, daß Graf Moltke, die Seele aller Dänisirungs-Bestrebungen, der intellectuelle Urheber und Mitschuldige des Unrechts, was an Schleswig begangen worden ist, an die Spitze des Landes gestellt werden wird. Wem dann der Hohn noch nicht einleuchtet, der mit dem deutschen Namen getrieben wird, der erwäge weiter, daß in diesem Waffenstillstande, welcher nach fortwährend siegreichen Kämpfen unserer Armee geschlossen worden ist, unter dem Aushängeschilde scheinbarer Gegenseitigkeit der Sieger, Deutschland, der allein aufopfernde und verlierende Theil ist. Oder wer gewinnt denn, wenn die beiderseitigen Truppen aus Schleswig sich zurückziehen, die dänischen aber längst herausgejagt worden sind? Wer gewinnt denn, wenn eine scheinbar paritätische Regierung eingesetzt wird, die von Preußen und Deutschland anerkannte aber und längst in voller Kraft bestehende im Interesse dieser Gegenseitigkeit verjagt wird? Wer gewinnt denn, wenn die Häfen geöffnet werden zu einer Zeit, wo nach dem Urtheile der Seestädte der Zeitpunkt für neue Handels-Unternehmungen größtentheils verstrichen ist? Wer gewinnt denn, wenn für den Winter das beeiste Meer den Schiffen geöffnet wird, die es doch nicht passiren können, unsern Kriegern aber der Uebergang untersagt bleibt? Wer gewinnt denn, wenn das siegende Heer (unerhörte Bestimmung in der Kriegsgeschichte) die Natural-Requisitionen, welche es auf feindlichem Boden zu seiner Erhaltung eintrieb, nachträglich bezahlen, also zu deutsch Schadenersatz leisten muß? Ja freilich gewinnt Deutschland. Einige Kaufleute werden ja von den geraubten Schiffen zurückerhalten, was noch vorhanden ist und in dem Zustande, in dem es noch vorhanden ist. Von Schadenersatz für die unsäglichen Verluste, welche Deutschland durch die Stockung des Handels erlitten, für die Millionen, welche der Krieg uns kostet, braucht dann keine Rede zu sein, wir bekommen ja die gestohlenen Schiffe zurück. Mit diesem geraubten Gut, deren Rückgabe wir übrigens durch die Bezahlung der entnommenen Natural-Requisitionen theuer genug erkaufen, entschädigt uns Dänemark für alle Verluste und einen Theil davon können wir auch noch für unsere mißhandelte Nationalehre als Entschädigung in Anrechnung bringen. Daß in dem ganzen Traktate des Volkes und der Stände von Schleswig-Holstein gar nicht gedacht wird, daß immer und von „dem deutschen Bunde", mit keiner Sylbe aber von der Centralgewalt und dem deutschen Reich die Rede ist, erwähnen wir nur nebenbei, diese kleinen Concessionen hat man Dänemark so beiläufig aus Erkenntlichkeit zugestanden.

Wir denken, wem noch ein Funke von Nationalgefühl in der Brust liegt, wird bekennen, daß dieser Friede für uns ein unehrenvoller ist. Aber darauf wollen wir unsern Tadel vorerst gar nicht gründen. Man wird die Ansprüche auf Wahrung der Nationalehre in das Gebiet der abstrakten Theorien verweisen und uns die schwer bedrohten materiellen Interessen vorhalten. Wir wollen uns geschlagen geben, auch wenn man uns auf diesem Gebiet besiegt, aber wir bestreiten die Möglichkeit eines solchen Sieges. Wie die Ehre dem Manne nicht blos der ideale Besitz seiner stolzen Brust, sondern zugleich auch die oberste und unentbehrliche Bedingung zur Behauptung seiner äußern Stellung und zu seinem Fortkommen im Leben ist, so ist auch bei den Völkern Nationalehre und Nationalinteresse nur in seltenen Fällen, in Wahrheit vielleicht nie getrennt. Nur eine engherzige Kleinkrämerpolitik kann den zweifelhaften kleinen Gewinn des nächsten Tages den großen Interessen kommender Jahre aufopfern.

Woher kam es denn, daß unser Handel bisher gedrückt war? Weil Deutschland die Kraft nicht besaß, die Berücksichtigung seiner Interessen vom Auslande zu erzwingen, weil es seine Landeskinder in der Fremde schutzlos der Willkür preisgab und so das Vertrauen in großartige und weitgehende Unternehmungen lähmte.

Woher kömmt es, daß Englands Handel und Industrie beinahe den Erdkreis überfluthet hat? Weil Englands Name geachtet und gefürchtet ist, weil der Engländer im fernsten Winkel der Erde sich unter dem Schirme des Vaterlandes sicher fühlt und das Racheschwert eines stolzen Volkes den erreicht, welcher dem geringsten seiner Kinder ein Haar zu krümmen wagt. Das ist eine Ehre, die kein Schatten ist, und wenn England für seine Ehre in die Schranken tritt, so kämpft es für seine heiligsten Interessen.

Wir aber, wenn wir unsere Ehre, sei es auch für einen augenblicklichen Gewinn, verschachern, wir lähmen uns freiwillig den Arm, welcher allein uns schützen kann, und werden bald genug auch den armseligen Gewinn des Augenblicks mit vielfältigen Zinsen zurückzahlen.

Wir haben nur zu wählen zwischen schmachvoller Erniedrigung mit sicherm Verlust und ehrenvollem Kampfe mit möglichem Unglück, aber wahrscheinlichem Siege.

Darum hoffen wir, daß die Nationalversammlung in Frankfurt diesmal nicht von den Folgen zurückschrecken und die Verwerfung des Tractates verlangen wird.

Preußen.

Berlin, 6. Sept. [Amtl. Art. des Staats-Anz.] Der Justizkommissarius und Notarius Wehrhan zu Stolberg am Harz ist als Justizkommissarius an das Land- und Stadtgericht zu Bielefeld unter Verleihung des Notariats im Departement des Oberlandes-Gerichts zu Paderborn versetzt worden. Dem Justizkommissarius und Notarius Justizrath Pape zu Rüthen im Kreise Lippstadt ist gestattet worden, seinen Wohnsitz nach Warstein im Kreise Arnsberg zu verlegen.

Angekommen: Se. Exzellenz der kaiserl. russische wirkliche geheime Rath und Mitglied des Staats-Raths, Graf Pahlen, von Wien. — Abgereist: Se. Exzellenz der geheime Staats-Minister, Dr. v. Schön, nach Königsberg i. Pr.

□ **Berlin,** 6. Sept. [Tages-Ber. d. C.-B.] Es ist eine mehr als gewöhnliche Spannung, in der sich die Bevölkerung Berlins befindet. — Alle Vereine debattiren über die Kammerfrage, heut Abend ist „Volksversammlung" und „demokratischer Urwähler-Verein." Die Fractionen der Kammer haben fortwährend Zusammenkünfte. Wie wir hören, ist die Linke fest entschlossen, für den Fall, daß der Stein'sche Antrag nicht durchgehe, auszuscheiden; Waldeck wird alsdann morgen im Namen seiner Partei einen Protest überreichen und die Kammer mit derselben sofort verlassen, die Herren Rodbertus, v. Berg und Schulz (Delitzsch) schließen sich ganz entschieden an die Linke an, so daß event. ein Austritt von mehr als 100 Mitgliedern bevorsteht. — Das 7. Bat. der Bürgerwehr hat erklärt, daß es die Rechte der National-Versammlung und des Volkes den Ministern gegenüber zu wahren wissen werde. Hr. Rimpler soll dieser Erklärung beigetreten sein, und wird dieselbe heut Abend beim Appell den einzelnen Kompagnien zu ihrer Beitrittserklärung mitgetheilt, und demnächst morgen der Nat.-Vers. übergeben werden. (S. unten.) Der Abg. Berends sprach gestern im Bürgerwehr-Verein und erklärte, daß er und seine politischen Freunde in der Kammer, wenn der Stein'sche Antrag nicht angenommen würde, die Rechte der Versammlung und des Volkes für angetastet erachten, ausscheiden und dem Volke die Führung seiner Sache selbst überlassen müßten. Die Rede des Herrn Berends wurde mit großem Jubel aufgenommen, und wahrscheinlich ist zum Theil durch sie die sehr entschiedene Haltung der Bürgerwehr in dieser Frage hervorgerufen. — Se. Majestät der König waren gestern Mittag hier anwesend und soll mit einigen Mitgliedern des gegenwärtigen Ministeriums Conferenzen gehalten haben (über den angeblichen Inhalt dieser Unterredung spricht unsere Correspondenz, ## Berlin.) Außer Hrn. v. Auerswald und Hrn. v. Schreckenstein soll auch Hr. Kühlwetter seine Demission eingegeben haben. Ueber die etwaigen Nachfolger verlautet in Potsdam selbst noch gar nichts Bestimmtes; die Wahl ist eine äußerst schwierige, da die Entschiedenheit in der deutschen Frage selbst bei den hervorragenden Mitgliedern des linken Centrums Concessionen verlangt, zu denen man sich nicht gern verstehen mag; dazu kommt noch außerdem, daß einige der begabtesten Mitglieder des linken Centrums durch ihre kürzlichen Conflicte mit den Constablern der nicht einflußlosen Hofpartei durchaus nicht conveniren. — Gerüchte über die Zusammensetzung des neuen Kabinets circuliren in Masse, bald steht Rodbertus, bald Waldeck, bald Hansemann oder Milde an seiner Spitze; die Herren Märker und Gierke werden auch als Mitglieder jener Cabinette genannt, die man in den verschiedenen Lesezimmern unserer Stadt usammensetzt und deren Listen man verbreitet. In Wahrheit existirt bis zum Augenblicke in den bestunterrichteten Kreisen noch gar keine irgend feste Combination, höchstens hat man Vermuthungen. — Die „Neue Preuß. Zeitung", welche von der Partei-Taktik der Linken und der beklagenswerthen Schwäche und Zusammenhangslosigkeit der Rechten zu Morgen einen Sieg der Linken voraussieht, spricht die Erwartung aus, „daß das Ministerium trotzdem nicht zurücktreten und einem nachfolgenden eine unlösbare Verwirrung als Erbtheil hinterlassen werde." — Dieses Organ der ultraconservativen Partei verirrt sich in einer maaßlosen Kritik sehr oft bis zum Lächerlichen, so z. B. wenn erzählt wird, daß die Linke an einem Abende ein ganzes Faß Rheinwein ausgetrunken habe, welches der Abgeordnete d'Ester von seinen demokratischen Urwählern zum Geschenk erhalten, oder wenn sie berichtet, wie Dr. Eichler von seinem Vormunde in einer Weinstube fühlbar zurecht gewiesen worden sei. — Der Privatschreiber Heckert stand gestern wegen „Erregung von Aufruhr" beim Einzuge des 12. Regiments vor den Schranken des Kriminalgerichts und wurde freigesprochen. Nächstens ist auch die öffentliche Verhandlung der Anklage gegen den Literaten Mai zu erwarten. So viel bekannt, liegt gegen ihn vor, daß er einen Eid oder ein Gelübde von einer Volksversammlung zur Aufrechthaltung des freien Versammlungsrechts und der Preßfreiheit verlangt hat. — Die aus Schleswig zurückkehrenden Grenadier-Regimenter Kaiser Franz und Alexander sollen Cantonnements in der nächsten Umgebung unserer Stadt beziehen. — Das bewaffnete Corps der jungen Kaufmannschaft hat sich in Folge der Conflikte mit dem Bürgerwehr-Kommando über seine Verwendung bei der Haussuchung im Lokale des Handwerker-Vereins aufgelöst. — Von der entlassenen Garde-Landwehr sind 60 Mann jeder Compagnie wieder einberufen worden. — Der von uns kürzlich erwähnte Soldat aus Charlottenburg, welcher wegen seiner Betheiligung am hiesigen Social-Verein zu 15 Monaten Festungsarbeit verurtheilt worden und nach Antritt dieser Strafe geisteskrank wurde, heißt Bock, und war Unteroffizier in der 4. Compagnie der Garde-Artillerie-Brigade. — Bis gestern (5.) Mittags sind als an der Cholera erkrankt 583 Personen angemeldet. Davon sind 354 gestorben, 67 genesen und 162 noch in Behandlung. Von den vielfach empfohlenen Mitteln gegen die Krankheit — u. A. auch Spirituosa — soll Chlorkohlenstoff sich als besonders günstig wirkend ausgezeichnet haben, da von 20 Kranken bei 14 damit Behandelten die Genesung erfolgte. Das Präparat ist jedoch durch seine mühevolle Darstellung selten und theuer. (S. Mannigfaltiges.)

Berlin, 6. Septbr. [Vorbereitungen zum Kampfe.] Die Spannung auf die Entscheidung des morgigen Tages ist groß. Die Klubbs berathen, die Bürgerwehr debattirt in ihren Bezirksvereinen und die Straßenecken strotzen von Plakaten gegen und für das Ministerium. Gestern war der Minister-Präsident bei dem Könige zur Audienz. Se. Majestät wiesen auf die Nothwendigkeit des Rücktritts hin, worauf Auerswald jedoch entgegnete, daß das Ministerium die sicherste Hoffnung auf Majorität habe. Als darauf der König bemerklich machte, daß dann die Linke in pleno ausscheiden würde, soll Auerswald geäußert haben: das wird die Linke nicht thun, der sind ihre Diäten viel zu lieb. Diesmal dürfte sich die Excellenz getäuscht haben. In der gestrigen Partei-Berathung haben sämmtliche anwesende Mitglieder dieser Fraktion sich zum Austritt gegenseitig verpflichtet, im Fall auf die eine oder die andere Art dem Beschluß der Versammlung nicht volle Rechnung getragen wird. Sie werden selbst gegen das Unruh'sche Amendement stimmen, das den Beschluß durch rein dialektisch-sophistische Wendungen verwässert (s. unten). Indessen wird, so viel wir wissen, nicht die Linke, sondern das Ministerium abtreten, abtreten müssen. Zuvörderst sind die Centren fast durchweg entschlossen, diesmal gegen das Ministerium zu stimmen. Sodann bereitet sich eine Erklärung der gesammten Bürgerwehr vor, die diesmal ebenfalls gegen das Ministerium lauten dürfte. Der Kommandant der Bürgerwehr hat, von allen Seiten gedrängt, sämmtlichen Abtheilungen folgende Erklärung an die National-Versammlung zur Unterschrift zugestellt: „Hohe Versammlung! Das Ministerium hat in der Sitzung vom 4ten d. M. verweigert, einen Beschluß, welchen eine hohe Nationalversammlung bereits am 9. August in Betreff eines Erlasses an die Officiere der Armee gefaßt hat, auszuführen. Mit gerechtem Erstaunen und Bedauern haben wir diese Weigerung vernommen. Die Abgeordneten sind die einzigen und alleinigen Vertreter des Volkes. Wir können dem Ministerium nimmermehr das Recht zugestehen, dem Willen des Volkes entgegen zu treten. Wir erklären daher, daß wir durch die in der Sitzung vom 4ten d. M. ausgesprochene Weigerung des Ministeriums die Ehre und Würde der Nationalversammlung für bedroht erachten und dieselbe in ihren Beschlüssen mit allen unsern Kräften schützen und aufrecht erhalten werden." Es ist somit kaum zweifelhaft, daß die morgige Sitzung mit der Mittheilung des Zurücktritts des Ministeriums beginnt und endigt. Die Zusammensetzung eines neuen Ministeriums soll höheren Orts auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen. Waldeck wird nicht beliebt, wegen seiner Abstimmung in der deutschen Frage und weil er den von der Linken ausgegangenen Entwurf der Gemeindeordnung mit unterzeichnet; Rodbertus ist durch die Konstabler-Affaire unmöglich geworden. Und über die Centren hinaus wird man nicht gehen wollen. Eben diese Schwierigkeiten mögen auch der Grund sein, daß man hier und dort von der Auflösung der Versammlung spricht.

[Verschiedenes.] Nach einer Uebersicht der bis jetzt an die Bürgerwehr erfolgten Waffenvertheilung hat an dieselbe (wie der Staatssekretär des Kriegsministeriums General Brand in der letzten Sitzung behauptet) seit dem 19. März 22,400 Percussions-Gewehre, 64,000 Gewehre mit Steinschlössern und 36,000 fremde Gewehre (alte französische u. s. w.), im Ganzen 123,000 Stück erhalten, die, das Gewehr zu 10½ Rthl. gerechnet, eine Summe von 1,291,500 Rthl. repräsentiren, die dem Staate zu Gebot stehenden Fabriken würden 6 Jahre arbeiten, um diese Waffen zu ersetzen. — In der Versammlung des Centrums der Kammer (Hotel de Russie) ist zu dem Antrage des Abg. Stein, von dem Abg. v. Unruh folgendes Amendement gestellt und von den Mitgliedern jener Versammlung angenommen worden: „In Betracht, daß die Beschlüsse vom 9. August keine Erforschung der Gesinnung und keinen Gewissenszwang, sondern lediglich eine in constitutionellen Staaten nothwendige Uebereinstimmmung zwischen Heer und Volk herbeiführen und reaktionäre Bestrebungen, so wie ferner Konflikte zwischen den Bürgern, welche zum Heere, und denjenigen, welche zum Civilstande gehören, zu vermeiden beabsichtigen, erklärt die Versammlung, daß das Ministerium das Vertrauen des Landes nicht besitzt, wenn es ferner Anstand nimmt, einen dem Geiste jener Beschlüsse entsprechenden Erlaß an das Heer zu publiciren." — Die wegen Theilnahme an Majestäts-Beleidigung in Anklagezustand versetzten Herren L. Schlesinger und Schiementz, ersterer als Verleger, letzterer als Drucker des Plakates: „der König und das Volk" sind auf den 14. September zur öffentlichen Verhandlung vorgeladen. Als Grund der Anklage ist angegeben, weil „mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werde, daß Verleger und Drucker das Plakat gelesen. (Nat.-Z.)

Die deutschen Abgeordneten des Großherzogthums Posen haben sich durch die gestrige Abstimmung der Nationalversammlung über die Demarkationslinie sehr zufriedengestellt erklärt. — Der Finanzminister Hansemann liegt an einer Erkältung krank darnieder und empfängt seit zwei Tagen Niemanden. Zwar soll der Zustand desselben keinesweges Besorgniß erregender Art sein, doch kommt er im gegenwärtigen Augenblick dem Staatsministerio sehr ungelegen. Es soll noch ungewiß sein, ob Hr. Hansemann der morgenden wichtigen Sitzung wird beiwohnen können. — Wie wir aus sicherer Quelle melden können, wird Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen zum Winter ganz zur gewöhnlichen Zeit seine Residenz wieder in Berlin nehmen. Die zur Umgebung Sr. k. H. gehörigen Personen haben bereits Wohnungen für den Winter in Berlin gemiethet. (Voss. Z.)

Neuvorpommern, 3. Sept. [Willkür.] Die Bewohner Gützkow's klagen in öffentlichen Blättern ihren Bürgermeister, den Kreisgerichtsdirektor und einen Lieutenant wegen Gewaltthätigkeiten an; sie wollen die Sache gerichtlich machen; ihrem Anwalt werden die Akten verweigert. In Stralsund verklagt der Bürgermeister den Redakteur eines Lokalblattes; sein Sohn ist der Anwalt, sein Neffe der Richter; letzterer noch dazu ein von der Bürgerschaft nicht anerkannter Rathsherr, weil er als nahe verwandt gegen die ausdrückliche Verfassungsbestimmung in den Rath gewählt ist. Derselbe Advokat, der Sohn des Bürgermeisters, führt bereits 26 Preßprozesse für sich und

andere, und Richter sind die Verwandten, Freunde und Collegen seines Vaters, dieselben, welche theils selbst, theils in ihren Collegen in den incrimirten Artikeln beleidigt sind durch unehrerbietigen (!) Tadel der Verwaltung. — Ein paar junge Leute, die hier bei einem Straßentumult ergriffen worden sind als thätige Theilnehmer, werden von den Gerichten zu drei Jahren Zuchthaus und Verlust der Nationalkokarde verurtheilt, und das Urtheil ganz gesetzwidrig auf der Stelle in der Zeitung veröffentlicht, ehe es rechtskräftig und obwohl dagegen appellirt ist. Wie werden die Richter bestraft werden, welche auf diese Weise selbst das Gesetz verletzen? und dadurch zeigen, daß sie nichts weniger als leidenschaftslos sind. Die erste und zweite Instanz besteht aus den Freunden und Collegen derer, welchen die Fenster eingeworfen sind; der Unfug war ein städtischer Parteitumult gegen die Rathsherren und diese selbst sind Richter! Wo bleibt da die Unparteilichkeit der Stimmung. Das glänzendste Beispiel der hiesigen Zustände bietet aber der Widerstand des hiesigen Raths gegen die Regierung; diese hat in mehreren wichtigen, zum Theil bedeutende Geldsummen betreffenden Beschwerden der Bürgerschaft gegen den Rath entschieden; ihm schon einen Termin gesetzt, bis zu welchem er die Ausführung der Entscheidungen nachweisen soll; der Termin ist verstrichen; der Rath fügt sich nicht; er will den Entscheidungen, die vom Ministerium anerkannt sind, nur mit gewissen Modifikationen nachkommen, und die Regierung, deren Haupt der neue Präsident v. Wedel ist, scheint sich neue Verhandlungen gefallen zu lassen. Was Wunder, wenn man in Folge solcher Uebelstände unsere Regierung für sehr schwach hält, wo es gilt, einen zähen Widerstand zu brechen. Aber daß dergleichen Zustände kein Vertrauen zur Rechtspflege, keine Achtung vor dem Gesetz, keine Zuversicht zu der Energie der Landesbehörden erwecken, ist natürlich. (National-Z.)

Lissa, 4. Septbr. [Bürgerwehr-Entwaffnung.] Was in anderen Städten nur nach blutigen Konflikten und auf gewaltsamem Wege geschehen, ist hier schlau und ohne Aufhebens vollzogen worden. Man hat unsere Bürgerwehr vor etwa 6—8 Wochen (im wahren Sinne des Wortes) entwaffnet, und unter dem Vorwande die Gewehre zu repariren, obwohl dieselben gar keiner Reparatur bedurften, sämmtliche Waffen der Bürgerwehr (an 6—700 Mann) abgenommen und bis jetzt noch nicht zurückgeliefert. — Dies geschah auf Veranstaltung unseres Magistrats, der Büreaukratie und eines Theiles des Officier-Corps der Bürgerwehr. (Zeit.-Halle.)

Deutschland.

G **Frankfurt a. M.**, 4. September. [Das Ministerium, die National-Versammlung und der Waffenstillstand.] Die heutige 71ste Sitzung der National-Versammlung brachte eine Frage zur Sprache, die eine ganz neue Stellung der Parteien ergeben. manchen bisher für schwach und feig gehaltenen Vertreter als Mann von Gesinnung und Thatkraft zeigen und vermuthlich ein Resultat herbeiführen wird, das mehr im Sinne und Wunsche der allgemeinen Volksstimmung ausfallen wird, als bisher viele andere wichtige Beschlüsse. Es ist das die deutsche Frage, die Frage nach der Stellung der National-Versammlung zur Centralgewalt, und der Centralgewalt zu den deutschen Sonderstaaten, namentlich Preußen und zu dem Auslande. Sie wurde angeregt durch die Mittheilung des Reichsministers des Auswärtigen, Heckscher, über die Bedingungen des am 26. Aug. von Preußen im Namen des deutschen Bundes mit Dänemark zu Malmö abgeschlossenen Waffenstillstandes. Reichsminister Heckscher: Es sei nicht zu läugnen, daß die Stipulationen des Waffenstillstandes, wie sie durch die öffentlichen Blätter bekannt geworden seien, **wesentliche Abweichungen von dem Inhalte derjenigen Bedingungen enthielten, welche die Centralgewalt bei Ertheilung der Autorisation zur Unterhandlung mit Dänemark aufgestellt habe. Daraus ergebe sich selbstredend die Berechtigung der ersteren, die definitive Genehmigung der provisorisch festgestellten Bedingungen zu ertheilen oder vorzuenthalten.** Bei logischer Anwendung der über die Centralgewalt bestehenden Gesetze, welche sie nur dazu ermächtigten, im Einverständnisse mit der National-Versammlung Krieg oder Frieden zu beschließen, ergebe sich auch, daß die Zustimmung der National-Versammlung zur Ratifikation jenes Waffenstillstandes erforderlich sei. Es würden demgemäß sämmtliche hierauf bezüglichen und alle sonst zur Bildung eines Urtheils in dieser Angelegenheit wesentlichen Aktenstücke unverzüglich gedruckt und den Mitgliedern der Versammlung verabfolgt werden. — Wenn er, der Minister, schon jetzt der Versammlung den Text der Waffenstillstandsurkunde, so wie ein zur Erläuterung derselben dienendes Schreiben des Minister Camphausen vorlege, so müsse er zugleich bitten, kein vorschnelles Urtheil zu fällen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten sei sich bewußt, auch hier seine Pflicht erfüllt zu haben. — Hr. Heckscher verliest nun die einzelnen Artikel der Waffenstillstandsurkunde. **Mehrere davon werden mit Aeußerungen des entschiedensten Unwillens theils der Linken, theils aber auch der ganzen Versammlung aufgenommen.** Bei Vorlesung der der Urkunde beiliegenden Separata erregt vorzüglich die Ernennung des Grafen Moltke zum Präsidenten der neueinzusetzenden provisorischen Regierung für die Herzogthümer Schleswig-Holstein einen wahren Sturm von Aeußerungen des Mißfallens. — In diesem Aktenstücke war der deutschen Centralgewalt keine Erwähnung gethan, sondern es sprach immer nur vom „deutschen Bunde.“ In Bezug darauf theilte der Minister ein ihm so eben von dem Bevollmächtigten Preußen's bei der Centralgewalt, Camphausen, zugekommenes Schreiben mit, in dem derselbe diesen Ausdruck rechtfertigt, indem er ihn für den einzig gültigen erklärt, unter dem Preußen mit Dänemark habe verhandeln können, da die provisorische Centralgewalt von Dänemark noch nicht bestätigt und, wenn auch der deutsche Bundestag aufgelöst sei, der deutsche Bund doch noch immer bestehe. Am Schlusse seines Vortrages stellte der Reichsminister den Antrag, die National-Versammlung wolle einen Tag feststellen, an dem man, sobald die nöthigen Aktenstücke eingesehen seien, über diese Beschlüsse die Verhandlungen eröffnen wolle. Während der Unruhe, die schon unter dem Sprechen des Ministers die Versammlung ergriffen hatte und nun bei seinem Abtreten in großer Aufregung sich kund gab, betritt Dahlmann die Rednerbühne. — Abg. Dahlmann: Ich habe gestern eine Interpellation in Bezug auf die vorliegende Angelegenheit bei dem Herrn Präsidenten eingereicht, die durch die so eben gemachten Mittheilungen des Ministeriums nur zum Theil erledigt wird. Ich bitte eine hohe Versammlung um Erlaubniß, dieselbe verlesen zu dürfen. Die Interpellation enthält folgende Fragen: 1) Ist es gegründet, daß zufolge der Waffenstillstands-Bedingungen die provisorische Regierung in Schleswig-Holstein nicht allein aufgelöst, sondern auch ihre Gesetze und Verfügungen sämmtlich aufgehoben werden sollen, wodurch jene von der National-Versammlung förmlich anerkannte Regierung, deren Bevollmächtigte hier in Frankfurt sind, kraft deren Abordnung die Abgeordneten von Schleswig-Holstein in dieser Versammlung sich befinden, plötzlich den Charakter einer ungesetzlichen Gewalt erhält? (Bravo!) 2) Ist es gegründet, daß in Folge eben dieser Bedingungen der Graf Moltke, also der Mann, auf dem hauptsächlich die Anklage der Holsteiner lastet, an die Spitze der neuen Regierung für die beiden Herzogthümer gestellt wird, was nichts Anderes heißen würde, als die innere Ruhe und Ordnung des Landes der höchsten Gefahr aussetzen? (Bravo!) 3) Ist es ferner gegründet, daß bei der Ausführung des Waffenstillstandes die schleswigschen von den holsteinischen Truppen getrennt werden sollen, wodurch außer einer Störung der ganzen militärischen Organisation eine Trennung der beiden Herzogthümer angebahnt werden würde? 4) Ist es endlich gegründet, daß der Waffenstillstand auf volle 7 Monate abgeschlossen ist, wodurch den deutschen Waffen gerade die gelegenste Jahreszeit, um von der dänischen Regierung einen vortheilhaften Frieden zu erzwingen, entzogen werden würde? Und wenn diese Fragen bejahet werden sollten, so knüpft sich hieran 5) die: Sind jene Bedingungen unter Genehmigung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten festgestellt worden, oder beabsichtigt dasselbe, seine Genehmigung zu versagen? — Unter dauerndem allgemeinem Applaus steigt Dahlmann von der Bühne; seiner erhobenen Stimme hatte man es anhören können, daß er sich bewußt war, wie er in diesem Augenblicke das Zeugniß ablegte, daß er bei allen Handlungen, die ihm seine Gegenpartei als schwach und feig vorgeworfen hat, so gehandelt hat, nicht weil es ihm an Kraft fehlte, sondern weil er eine andere Ueberzeugung hatte, und daß er, eben so wie er den Muth hatte, der großen Masse des Volkes gegenüberzutreten, er auch den Muth hat, den kleinen Interessen der Fürsten sich entgegen zu stellen. — Auf Dahlmann's Interpellation, die der Minister nicht beachten zu müssen schien, folgte ein von Schaffrath vorgetragener und von Heinrich und Max Simon, Blum, Schoder, Venedey u. m. A. gestellter motivirter Antrag: In Erwägung, daß nach dem Gesetze vom 28. Juni die Centralgewalt über Krieg und Frieden zu entscheiden habe im Einverständniß mit der Nationalversammlung; in Erwägung, daß die Nationalversammlung am 9. Juli beschlossen habe, die Sache Schleswig-Holsteins als in ihr Bereich gehörig zu betrachten, in ihr die Ehre Deutschlands und das Recht der Herzogthümer aufrecht zu erhalten; daß sie ihnen staatliche Unabhängigkeit, selbstständige gemeinsame Verfassung und nationale Einheit zugesichert habe . . . ., wolle die Nationalversammlung beschließen, dem Waffenstillstande die Vollziehung zu versagen, den Krieg energisch zu Ende zu führen, das Recht der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands zu wahren. — Der Enthusiasmus der Versammlung schien allgemein zu sein; die Unruhe hatte ihren höchsten Punkt erreicht. Gegen die Mißbilligung der Schritte des Ministeriums machte sich keine Stimme geltend, man wagte nur von der Rechten, Bedächtigkeit, Aufschub zu verlangen. Waitz aus Göttingen bat, man solle erst die Papiere prüfen, die Sache sei entscheidend nicht für Holstein, sondern für Deutschland, man solle sie erst den Ausschüssen zur Berathung vorlegen; er stellte zuletzt den Antrag, das Reichsministerium möge die militärischen Maßregeln, das Zurückziehen der Truppen in Folge des Waffenstillstandes sistiren. — Fürst Lichnowski, Minister Schmerling u. A. sprachen für Bedachtsamkeit. Heckscher erklärte: das Zurückziehen der Truppen gehöre nicht in das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, das die Nationalversammlung sich vorbehalten habe; es sei eine militärische Maßregel, die möglicher Weise mit dem Waffenstillstande in keiner Verbindung stehe, und gehe allein die Exekutiv-Behörde an. — Blum und Wiegard stellten den Antrag: die Zurückziehung der Truppen solle sistren; über die Hauptfrage solle die Versammlung erst entscheiden nach Vorlage der Akten und schleuniger Einsicht in dieselben. Von der Linken sprachen noch namentlich Schoder und Venedey, von der Rechten Bassermann. Bei der Abstimmung wurde angenommen: daß nach dem Druck der Aktenstücke bezüglich des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark und schleuniger Berichterstattung des Ausschusses über internationale Verhältnisse und des Ausschusses für Centralgewalt sofort Beschlüsse gefaßt werden sollten. — Die zweite Frage war die: soll man bei der Centralgewalt beantragen, die Zurückziehung der Truppen zu sistiren? Die äußerste Linke verlangte statt: „beantragen“ zu setzen „beauftragen“. Die letztere Fassung kam zunächst zur Abstimmung; sie fiel durch, weil die Centren dagegen stimmten. Bei der zweiten Fassung, zu „beantragen“, stimmten die Centren dafür, aber die Linke glaubte, lieber auf ihrem „Prinzip“ beharren zu müssen, als auf den Vortheil der guten Sache zu sehen; dießmal stimmte sie dagegen, und die Gesinnungstüchtigkeit der Linken hatte der Rechten einen Sieg, dem Ministerium einen Aufschub und dem Vaterlande mindestens bedeutende Unkosten verschafft. — Dagegen wurde fast allgemein angenommen: **daß über die, Behufs der Ausführung des Waffenstillstandes zu ergreifenden, militärischen und sonstigen Maßregeln der Ausschuß binnen 24 Stunden berichte und sofort darüber berathen werde.** — Sodann beschloß man die Sitzung sogleich zu schließen, damit die Ausschüsse alsbald an die Berathung gehen könnten. — Endlich wurde noch von der linken Seite die Frage gestellt: Dürfen die Minister in den Ausschüssen verbleiben, in die sie als Abgeordnete gewählt sind? — also, darf Minister Heckscher jetzt im internationalen Ausschuß über den Waffenstillstand mitberathen? Vogt aus Gießen behauptete, die Minister dürften nur in den Ausschüssen reden, wenn man sie „verlange.“ Herr Heckscher sagte, seine Handlungen seien Handlungen für die Einheit Deutschlands; ob er also Minister sei oder nicht, sei gleich, er fühle sich berufen, in dieser Angelegenheit mitzuberathen. Compes aus Köln wagte zwar zu behaupten, die Handlungen des Ministers möchten nicht immer Handlungen für die Einheit Deutschlands, sondern oft nur Handlungen des Hrn. Heckscher sein; — allein bei der Abstimmung wurde diesem das Recht eingeräumt, im Ausschuß zu verbleiben. Um doch eine Concession zu machen, verzichtete er auf das Stimmrecht in demselben. Die Sitzung wurde um 12 Uhr geschlossen.

□ **Frankfurt**, 4. Septbr. [Tagesbericht d. C.-B.'s.] Die Aufmerksamkeit lenkt sich hier mehr dem Verein für Deutschlands Zolleinigung im Braunfels zu. Derselbe schließt die Notabilitäten aus den beiden volkswirthschaftlichen Parteien, der freihändlerischen und der schutzzöllnerischen in sich. Die Herren Diergardt von Vierssen, Kolb von Baireuth, Degenkolb von Eilenburg, Dr. Glaser von Berlin u. s. w., zum Theil als Mandatare größerer gewerblicher Genossenschaften, unterhandeln mit Abgeordneten der Handelsstädte und der Landwirthschaft, vorzüglich aus dem Norden Deutschlands, den Herren Refardt und Sanders aus Hamburg, Hausmann und Dörrin von Hannover, Rahm und Sturm von Stettin, Prince-Smith von Danzig, Faucher von Elbing, Mann von Rostock, Reif von Kiel, Ellisen von Frankfurt u. s. w., um hier den zukünftigen Tarif des einigen Deutschlands, wenigstens einen gewissen Theil von Einrichtungen und Zollsätzen, als für alle Theile wünschenswerth, auszusondern, und durch nachdrückliche Befürwortung an geeigneter Stelle zur unmittelbaren Verwirklichung vorzubereiten. Ein jedenfalls dankenswerthes und allgemeiner Theilnahme und Unterstützung würdiges Unternehmen. — In Betreff der Transitzölle ist bereits als einstimmiger Beschluß durchgegangen, daß dieselben durchaus nicht als Finanzquelle in der Zukunft benutzt werden dürfen, sondern nur in solchem Betrage zu erheben seien, daß sie gerade zur Kostendeckung der Durchgangs-Controle ausreichen. — Die Nachricht von dem Abschluß des Waffenstillstandes mit Dänemark, oder vielmehr die Form, in welcher derselbe zu Stande gekommen und zur Kenntniß der Centralge-

walt und des Parlaments gebracht wurde, hat unter den Mitgliedern dieser Versammlung eine ziemlich allemeine Mißstimmung hervorgerufen. So weit sich ie Ansichten bis jetzt kund gegeben, steht eine Nichtenehmigung des Tractates zu erwarten. Indessen wünscht die größere Zahl der preußischen Deputirten eine Desavouirung der von der preußischen Regierung gepflogenen Verhandlungen und des Resultates derselben zu vermeiden. Zur Vorberathung hierüber versammeln sich heut die der preußischen Nation angehörigen Mitglieder des Parlaments. — Der vokswirthschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung hat auf die von ihm an die kaufmännischen Korporationen, Magistrate, Handelskammern 2c. gerichteten statistischen Fragen von den nordischen Seestädten zum Theil sehr derbe und kurze Antworten erhalten. Theils die präjudicirende Form, theils die augenscheinliche Unmöglichkeit der Beantwortung, theils die Ueberflüssigkeit in der Fragstellung hat Anlaß gegeben, daß man von einigen Seiten sogar so weit gegangen ist, den Ausschuß ganz zu desavouiren, und einen anderweitigen Weg für die nothwendige Ermittelung und Vorbereitung zur Lösung der materiellen Fragen zu verlangen.

Mannheim, 3. September, Abends. [Gerücht.] Soeben verbreitet sich das Gerücht von einem neuen Einfalle der Freischärler an der Schweizergrenze in Verbindung mit italienischen Flüchtlingen. Ich bitte, diese Nachricht vorerst mit Vorsicht aufzunehmen. Möglich, daß nur italienische Flüchtlinge asylsuchend den badischen Boden betraten. Die Nachricht datirt von einer Marschordre für die Karlsruher Garnison, welche auf dem Privatwege hierher gemeldet wurde. (O.-P.-A.-Z.)

Gießen, 1. September. Zu Deputirten nach Jena, um an den Berathungen über etwaige Reformen der deutschen Hochschulen Theil zu nehmen, haben die ordentlichen Professoren hier gewählt: den Kanzler Birnbaum und den Professor Dr. theol. Knobel, die außerordentlichen Professoren den Professor Baur, die Privatdocenten Herrn Moritz Carriere.

Hamburg, 5. September. [Aufhebung der Blokade.] Das Dampfboot „Elbe“ hat am gestrigen Tage des Vormittags das dänische Blokadegeschwader erreicht und hat der von Hamburg abgegangene dänische Marine-Offizier, Graf Holk, dem Kommandeur des dänischen Geschwaders die Ratifikation des abgeschlossenen Waffenstillstandes überbracht, worauf die Blokade der Nordseehäfen sofort aufgehoben worden ist und der Kommandeur des Geschwaders erklärt hat, daß die weggenommene Loots-Galliot in wenigen Tagen wieder zurückgesandt werden wird. Das Dampfboot „Elbe“ ist am 4. September des Abends wieder in dem hiesigen Hafen eingetroffen eingetroffen und ist darauf den Behörden die Anzeige gemacht worden. (B.-H.)

Schleswig-holstein'sche Angelegenheiten.

T **Altona**, 5. September. Die Entrüstung über die Waffenstillstands-Bedingungen mehrt sich mit jeder Stunde. — Als gestern Morgen die schleswig-holsteinische Garnison in Kiel zum Ausmarschiren beordert wurde, weigerte sie sich einhellig, dem Kommando preußischer Offiziere zu gehochen. So ging es auch mit dem 7. Bataillon, welches, auf dem Marsche von Sarxdorf nach Schönkirchen, daß vor Kiel erklärte, hier bleiben und dem Kommando preußischer Offiziere nicht mehr Folge leisten zu wollen. Die preußischen Offiziere sind in Folge dessen bereits von Kiel abgereist. — Hier in Altona gab es diese Nacht wieder tumultuarische Auftritte; Fenster wurden eingeworfen und viele andere Excesse verübt. Die Bürgergard mußte scharf schießen. — Die schleswig-holsteinische Zeitung bringt in ihrem heutigen Blatte ein Schreiben eines deutschen Offiziers, das voll Bitterkeit über die Waffenstillstands-Bedingungen sich ausspricht und es schmerzlich bedauert, daß, um solch einen Waffenstillstand zu erlangen, so Viele unserer deutschen Brüder zu Krüppeln geschossen und auf Schlachtfeldern ihren Geist ausgehaucht haben. Die Todten, heißt es ferner, würden in ihren Gräbern, wenn sie dies erführen, keine Ruhe haben, daß sie für diese Schmach Deutschlands in das Grab gesunken sind. — Ihr Schleswig-Holsteiner, heißt es zum Schluß, werdet Euren graden Weg auf der Bahn der Ehre gehen, kein Deutscher zweifelt daran, aber Ihr könnt auch mit Vertrauen auf Euer kleines Heer blicken, es ist stark genug, um die Gränzen nöthigenfalls alleine zu halten, geübt und brav genug, um den Dänen das Laufen nicht verlernen zu lassen; und fehlt es Euch jetzt plötzlich an Offizieren, so wird Euch Deutschland deren genug senden, und zwar „Deutsche“, die von dem Augenblicke an, wo sie Schleswig-Holsteiner in's Feuer führen, auch kein anderes Interesse haben, als das dieses Landes. Ihr werdet, Ihr müßt siegen, seid Ihr nur stets eingedenk der mächtigsten Bundesgenossen eines für seine Freiheit kämpfenden Volkes: des Vertrauens zur innern Kraft und des festen, beharrlichen Willens!

Oesterreich.

□ **Wien**, 6. Septbr. [Tages-Bericht des C.-B.'s.] So eben ist eine Abstimmung im Reichstage gefallen, welche das Verhältniß der konservativen Majorität bestimmt. Da morgen die ministerielle Erklärung auf die drei Borrosch'schen Fragepunkte erwartet wird, so wünschte die konservative Partei heute schon ihre Stärke zu entfalten. Schmidt machte den Antrag, die Urbarialbestimmungen schnell zu redigiren und der Sanktion des Kaisers zu überreichen. Löhne stellte einen Gegenantrag, welcher jedoch bei der Abstimmung fiel. Ministerielle Majorität: 64 Stimmen. Schmidts Antrag wurde dafür mittelst Aufstehen angenommen. Damit wäre denn die Frage der Sanktion umgangen. — Aus vollkommen zuverläßiger Quelle können wir die Nachricht mittheilen, daß vom Kriegsministerium Befehle ergangen sind, daß morgen die gesammte Garnison sich in Waffenbereitschaft finde und daß ein irgendwie entstandener Krawall sofort niedergeschlagen werde, ohne daß die befehlhabenden Offiziere vonnöthen haben sollen, erst höhere Verhaltungsbefehle einzuholen. — Der demokratische Verein hat sich in Permanenz erklärt. Offenbar nähern sich hier die Dinge der Entscheidung; doch wird sie diesmal wohl eine unblutige sein. Der Stern der Konservativen strahlt derzeit in hellem Glanze.

* **Wien**, 6. Sept. [Antwort auf die franz. Note. — Kaiser Nikolaus. — Aus Pesth.] Dem Vernehmen nach hat unser Minister des Aeußern, Baron Wessenberg, auf die neueste franz. Note, welche der hiesige franz. Geschäftsträger, de la Cour, in Betreff der Pacifikation Italiens überreichte, nachstehende Antwort ertheilt: „Oesterreich sei stets bereit gewesen, die Vermittlung Frankreichs und Englands in den ital. Angelegenheiten anzuerkennen, allein obgleich sich durch die jüngsten Ereignisse in Italien die Basis der Unterhandlungen gewaltig verändert, und Oesterreich im Begriff sei, mit dem König von Sardinien einen Separat-Friedensvertrag zu verhandeln, so sei es trotzdem ferner geneigt, in alle Verhandlungen in Betreff der Pacifikation Italiens die Vermittlung der franz. Regierung in dieser Frage anzunehmen.“ Der franz. Geschäftsträger hat diese befriedigende Antwort des österreichischen Kabinets mittelst eines Couriers nach Paris geschickt. Es geht daraus hervor, daß Oesterreich die lombardische Frage als eine innere betrachtet. — Der Kaiser Nikolaus hat erklärt, daß, sobald die Franzosen die Alpen überschreiten, er mit 200,000 Mann gegen den Rhein marschiren würde. — Ein Courier aus Petersburg bringt dem Marschall Radetzky das Großkreuz des St. Georg-Ordens nebst 26 Orden, deren Vertheilung an die Tapfersten der Armee dem Marschall vorbehalten bleibt. Se. Maj. der Kaiser hat eingewilligt, daß sich der Adjutant des russischen Kaisers selbst nach Mailand begebe, um diese Dekorationen an die tapfere österreichische Armee zu überbringen. — Die Nachrichten von gestern aus Pesth sind so trübe, daß man mit jeder Stunde den Sturz des Kossuthischen Systems erwarten kann. Das Schloß in Ofen ist mit Kanonen bespickt worden, und lle Reichen flüchten sich. Der Erzherzog Palatin hält sich in Ofen auf. Das ungarische Ministerium hat die Garnison von Essegg aufgefordert, sich zu erklären, ob sie den ungarischen Militärbehörden gehorchen werde, nachdem es zu gleicher Zeit auch 10 Kompagnien ungarischer Nationalgarden in die genannte Festung abgeschickt habe. Die Garnison hat geantwortet: daß sie die Festung als einen neutralen Punkt betrachte, der weder von Ungarn noch von Croaten besetzt werden dürfe.

P. S. Der demokratische Klubb, der sich schon infolge der jetzigen Zustände und Ministerkrisis in Permanenz erklärt hatte, scheint von Kossuth schon Winke erhalten zu haben, die Krisis zu beschleunigen. Heute noch trifft eine ungarische Deputation von 120 Mitgliedern des Reichstages aus Pesth hier ein, welche dem Kaiser wegen der obschwebenden kroatischen Frage, die Bathiany nicht schlichten konnte, eine Art Sturmpetition überreichen soll. Man wird ungarischer Seits die Komödie des Kossuth in den Märztagen wiederholen wollen und wir fürchten ernstlich, daß sich unsere demokratische Partei bei diesem Anlaß wieder erheben dürfte.

** [Italienischer Kriegsschauplatz.] Die neuesten Nachrichten aus Mailand vom 2. Septbr. melden: FML. Fürst Felix Schwarzenberg hat sich nach Verona begeben, um mit dem erwarteten sardinischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Alfieri di Sorlegno, über den Frieden mit Sardinien zu verhandeln. Seine Stelle als kommandirender General von Mailand hat einstweilen FML. Graf Wimpffen übernommen. Obgleich Karl Albert noch unterm 30. August kriegerische Proklamationen an seine Armee und das Volk erließ, so glaubt man fast, daß er noch vor Ablauf des Waffenstillstandes einen Separatfrieden, der allen Vermittelungen Englands und Frankreichs ein Ende macht, mit Oesterreich abschließen wird. — Die eroberte Fahne des berüchtigten Garibaldi, welcher sich nach der Schweiz flüchtete, ist nach Mailand gebracht worden. Der Marschall wird sie nach Wien bringen lassen. Garibaldi war es, der die Mailänder mit einem Guerillakrieg vertröstete, hernach alle Dörfer brandschatzte und sich zuletzt, nachdem FML. d'Aspre seine Bande zerstreut hatte, mit dem vom Landvolke erbeuteten Gelde nach Tessin davon machte. Die Fahne hatte der bekannte Gioberti von Rom gebracht.

Italien.

Rom, 23. August. Unruhen und Ruhestörungen werden mit Sorgfalt und Emsigkeit vorbereitet, nicht blos hier, sondern gleichzeitig auch in Neapel und Toskana. Dies ist die ausgesprochene Absicht, welche zum Zweck hat, eine über ganz Süditalien verbreitete Revolution herbeizuführen und die oberitalienischen Friedensunterhandlungen durch die Nothwendigkeit einer Intervention gewaltsam zu unterbrechen. Hier hat man Pulver aufgekauft, sich seiner Leute versichert und auf's Neue von der Bildung einer provisorischen Regierung gesprochen, an deren Spitze Mamiani gestellt werden sollte. Alles Dies wird mit großer Vorsicht und eben so großer Emsigkeit betrieben.

Briefe und Zeitungen aus Verona vom 28. schildern übereinstimmend die Lage des Papstes als immer bedenklicher werdend. Fünf Kardinäle hatten auf einmal die Stadt verlassen, nämlich Gizzi, Ferretti, Ossini, Lambruschini und Della Genga. Ein Gerücht mißt dem Kardinal Ferretti sogar den (sehr unwahrscheinlich klingenden) Plan bei, ein Konklave in Malta zusammenzurufen in der Absicht, dort zu einer neuen Papstwahl zu schreiten, im Falle der Stuhl des heil. Petrus erledigt würde. In Verona machten diese Gerüchte großen Eindruck, „und viele der intelligenten Italiener — sagt der Tyroler Bote — sprechen jetzt ohne Rückhalt über die zweideutige Haltung des Papstes und sagen, er könne nichts Besseres für Staat und Kirche thun, als von dem päpstlichen Stuhle zurück treten.“ (A. Z.)

Das „Journal du Valais“ bestätigt die unter dem 2. Schweizer-Regiment in Rimini ausgebrochene Empörung. Die Zahl der Empërer beläuft sich auf 400; verfolgt von den Truppen, fiel ein Theil in die Gewalt der Oesterreicher, ein anderer in die der päpstlichen Behörde, viele wurden getödtet, nur etwa 70 entkamen über das Meer. Das ganze Regiment wird reorganisirt oder verabschiedet werden. (Schw.N.Z.)

Turin, 30. August. [Dem Könige scheint es nicht Ernst mit dem Frieden zu sein.] Karl Albert beginnt mehr und mehr, sich — wie man im gemeinen Leben zu sagen pflegt, auf die Hinterfüße zu stellen. Eine von ihm unterzeichnete Proklamation an das Heer, in der heutigen offiziellen Zeitung, fängt mit den Worten an: „Während die Zeit des Waffenstillstandes verläuft, nimmt meine Regierung kräftig auf die Mittel Bedacht, um den Krieg von Neuem zu beginnen. Von allen Seiten strömen freiwillig neue Brüder, neue Gefährten herbei zu jenen Fahnen, die Ihr einst an der Etsch wehen ließet. Wenn Beschwerlichkeiten, Entbehrungen, lange dauernde Strapazen uns den Sieg rauben konnten, so wird die erlangte Ruhe und eine strenge Disziplin die Tage des Triumphs wieder heraufführen.“ Folgt nun eine Aufforderung an die Soldaten, von Neuem ihre Treue und ihren unbezähmten Muth zu beweisen. „So werden wir nach Ablauf des Waffenstillstandes entweder Bedingungen erlangen, welche den Rechten der Nation entsprechen, oder, wenn die Ehre es heischt, wird Euch der Feind mit neuer Begeisterung zurückkehren sehen, um für die italienische Unabhängigkeit zu kämpfen.“ Am Schlusse wird die Beeidigung des Heeres auf die Verfassung angeordnet. — Ein Ausschreiben des Kriegs- und Marine-Ministers an die Kommandanten befiehlt diesen, strenge Disziplin herzustellen und die Offiziere vom Urlaub einzuberufen, „da es in wenig Tagen nöthig sei, daß das Heer zu neuen Operationen, je nachdem es die Ereignisse erfordern werden, bereit stehe.“ — Das Kriegs-Ministerium hat, nachdem ihm eine förmliche Denunziation gegen mehrere Oberoffiziere wegen ihres Verhaltens während des letzten Feldzugs überreicht worden, den Prozeß gegen sie einleiten lassen. (N. K.)

Frankreich.

Paris, 3. Sept. [Verschiedenes.] Der National stellt auch die Ernennung des Herrn Buvigner für Frankfurt in Abrede. Unser Minister in Mexiko, Levasseur, hat den Befehl erhalten, sich unverzüglich auf seinen Posten zu begeben. — In verflossener Nacht sollen wieder gegen 500 Insurgenten nach Havre abgegangen sein. Dieser Tage sind sieben Insurgenten aus einem Fort entsprungen, indem sie einen der Wächter bestochen hatten. Der Civildirektor des Forts ist verhaftet worden. Der Prozeß des Mai-Attentats soll zu Riom definitiv zur Verhandlung kommen. — Der Herzog von Bordeaux soll auf einen ihm gehörigen Wald 2 Milltonen aufnehmen wollen. Herr Sarrant will darüber das Gouvernement interpelliren, weil er besorgt, daß dieses Geld zur Unterhaltung des

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 210 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 8. September 1848.

(Fortsetzung.)

Bürgerkrieges dienen soll. — Das Kürassier-Regiment aus Sargemünd und das Linien-Regiment aus Bitsch haben Befehl erhalten, unverzüglich zur Alpenarmee zu stoßen. Das Journal des Debats giebt sich Mühe, die ausweichende Antwort des österreichischen Kabinets noch nicht als eine definitive Weigerung des Vermittelungs-Anerbietens darzustellen. Es glaubt, es hätte die direkten Unterhandlungen mit Piemont vorgezogen, damit es nicht scheine, als gebe es der Gewalt nach. Als Unterstützung seiner Ansicht, daß Oesterreich einen friedlichen Vergleich wolle, beruft es sich darauf, daß es in Erfahrung gebracht, daß Oesterreich vor dem Vermittelungs-Anerbieten, nach dem Rückzuge des sardinischen Heeres, das Anerbieten gemacht, die eigentliche Lombardei an Sardinien abzutreten, Venedig für eine Freistadt zu erklären, zu Gunsten eines der Söhne des Erzherzogs Rainer ein unabhängiges Fürstenthum aus dem venetianischen Gebiete und Friaul zu bilden. Dagegen habe Nord-Italien gegen 400,000 (?) Frs. zu erlegen, als respektiver Antheil an der österreichischen Staatsschuld. Das Journal des Debats sieht in diesen Anerbietungen den guten Willen Oesterreichs, den Frieden zu erhalten. Den Rüstungen Frankreichs gegenüber aber hat man Ursache, begründeten Zweifel in die Aufrichtigkeit und Richtigkeit jener Vorschläge zu setzen, die jedenfalls die Grundlage zu einem billigen Vergleiche abgeben könnten.

Lokales und Provinzielles.

** Die Provinzial-Schullehrer-Conferenz.

(Sitzung vom 7. September.)

Nach Verlesung des Protokolls wird zur Berathung des § 7 geschritten, welcher in der Commissionsvorlage etwa folgendermaßen lautet: Die Volksschule als Nationalanstalt ist ihrer Idee nach Simultanschule. Aber da die Idee nicht immer ausführbar ist, so müssen wir wünschen, daß auch der konfessionelle Religionsunterricht als Erziehungsmittel der Schule verbleibe und vom Lehrer ertheilt werde, mit Ausnahme der katholischn Schulen, in denen der Religionsunterricht dem Geistlichen und Lehrer zusteht. — Die Berathung dieses Paragraphen nahm fast die ganze Zeit der diesmaligen Sitzung in Anspruch. Der erste Punkt, über den die Ansichten am weitesten auseinandergingen, war die Idee der Simultanschulen, und es zeigte sich die Differenz nach drei verschiedenen Richtungen hin. Die Commission wollte bloß das Prinzip retten und die Idee der Simultanschule als eine berechtigte hinstellen. Die Realisation dieser Idee, für die nächste Zukunft wenigstens, gab sie auf. Eine andere Ansicht sprach sich dahin aus, daß der Staat allerdings sogleich den Weg zu Simultanschulen anbahne, und nur die schon vorhandenen Konfessionsschulen in ihren Rechten schütze. Eine dritte endlich, die namentlich von katholischen Lehrern stark unterstützt war, wollte geradezu den Ausspruch: wir wollen keine Simultanschulen. — Für den Commissionsantrag sprach der Referent Gollnisch. Er begründete die Commissionsvorlage damit, daß er zunächst darauf hinwies, wie eigentlich auch schon gegenwärtig Simultanschulen beständen, wenn auch nur in einem ganz engen Begriffe des Wortes. Die Realisation des höheren und eigentlichen Begriffes der Simultanschule, wo nämlich jeder konfessionelle Unterschied aufhört, das habe die Commission nicht beantragen können, denn dies sei ein Ideal, das man jetzt, wo man praktische Zwecke vor Augen habe, unmöglich erreichen könne. Des Prinzips wegen jedoch müßte es an die Spitze gestellt werden, daß die Volksschule ihrer Idee nach Simultananstalt wäre. — Die Motivirung des Referenten ließ es nicht verkennen, daß die Commission die Klippe umgehen wollte, auf die sie bei dem Ausspruch der Simultanschule voraussichtlich stoßen würde, und es ist ihr daher begegnet, wie das in solchen Fällen immer zu geschehen pflegt, daß sie streng genommen nach keiner Seite hin genügte. Denn wenn die Idee der Simultanschule anders eine berechtigte und wahre ist, so darf auch nicht abgestanden werden, für ihre Realisation Sorge zu tragen. — Gegen den Commissionsvorschlag sprach zunächst der Deputirte Bönisch. Er meinte, daß, wenn die katholischen Lehrer sich zu den Simultanschulen bekennten, so würden sie vom Volke als Verräther an der Sache der Religion bezeichnet werden. In Bezug auf den Religionsunterricht wollte er, daß dieser ausschließlich dem Geistlichen verbleibe. — Der Vorsitzende nahm bei dieser Gelegenheit Veranlassung, aufmerksam zu machen, wie ungerecht und grundlos die Befürchtungen der Geistlichkeit über die freien Lehrerversammlungen wären. Denn an denselben Deputirten, der hier für die Geistlichkeit gesprochen, wäre von seinem vorgesetzten Geistlichen das Verlangen gerichtet gewesen, sich, trotz der Aufforderung der Regierung, nicht an der Versammlung zu betheiligen, oder sein Amt niederzulegen. — Für den Commissionsantrag, und nur mit einiger Modifizirung im Ausdrucke, sprach sodann der Abgeordnete Jordan. Die allgemeine Einführung von Simultanschulen sei eine Unmöglichkeit, da das konfessionelle Bewußtsein stets im Volke lebe. — Der Abgeordnete Hirschfeld will an die Spitze des Paragraphen den Satz gestellt wissen: Wir wünschen keine Simultanschulen. — In der Commissions-Vorlage wäre jedenfalls der Wunsch für Simultanschulen enthalten und dies könne von keinem katholischen Lehrer unterzeichnet werden. Ein anderer katholischer Lehrer erklärt sich mit der Kommissionsvorlage einverstanden, und wünscht nur, daß der Religionsunterricht dem Geistlichen verbleibe. Sei der Lehrer ein Mann des Vertrauens, so könne er den Geistlichen zwar vertreten, von demselben jedoch nicht amtlich dazu aufgefordert werden. — Der Abgeordnete Gotsch spricht in einem langen Vortrage gegen den Kommissions-Antrag. Der Satz, wie er dort ausgesprochen werde, sei grundfalsch, er drücke etwas Tendentiöses aus. Die konfessionellen Richtungen seien von innerer Nothwendigkeit, und er will den Ausspruch, daß die Nationalschule nicht die Simultanschule bedinge. Es sprachen hierauf noch die Abgeordneten Mildner, Stiller, Engwitz und Zimbal für die Simultanschule. Stiller stellt das Amendement: da die Volksschule als National-Anstalt Simultanschule ist, die Wirklichkeit aber die Realisirung dieser Idee noch nicht zuläßt, so wünschen wir, daß der Staat die Wege zu den Simultanschulen anbahne, die vorhandenen konfessionellen Schulen aber in ihren Rechten schütze. Engwitz begründet die Nothwendigkeit der Simultanschulen ganz einfach aus dem bereits angenommenen Paragraphen, daß die Volksschule National-Anstalt sei. Die Nation wäre nicht katholisch, nicht evangelisch, sondern deutsch, und da man hinterher noch wünsche, daß der Staat die Erhaltung der Volksschule übernehme, so sei es schlechterdings unmöglich, keine Simultanschulen zu beantragen. Der Staat befände sich alsdann in der Nothwendigkeit, in dem kleinsten Städtchen für jede konf. Richtung eine besondere Schule zu errichten. — Nach dritthalbstündiger Debatte kam man endlich zur Abstimmung. Es lagen außer dem Kommissions-Antrage zwölf Amendements vor und außerdem noch ein Separatvotum von einer Anzahl katholischer Lehrer. — Die Versammlung entschied sich mit großer Majorität für die Kommissions-Vorlage mit dem Amendement, daß in den katholischen Schulen der Religionsunterricht der Geistlichkeit verbleibe, und daß wenn der Lehrer ein Mann des Vertrauens ist, er den Geistlichen zwar vertreten, aber nicht amtlich dazu aufgefordert werden kann. —

Paragraph 8 der Kommissions-Vorlage lautete: „Bildungs-Anstalten zu errichten und Unterricht zu ertheilen, stehe nach den gesetzlichen Bestimmungen frei, aber der Staat überwache jede Anstalt ohne Ausnahme.“ — Der Ref. Gollnisch fügte hinzu, daß die Lehrer dies etwa nicht ihres persönlichen Interesses wegen wünschten, sondern im Interesse der Nation, da bei gänzlicher Freiheit des Unterrichts und ohne jede Beaufsichtigung des Staats, das Erziehungs- und Unterrichtswesen nur Schaden leiden würde. Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen.

Paragraph 9 lautete: „Da die Volksschule Nationalanstalt ist, so werde sie aus Staatsmitteln unterhalten.“ — Für die Annahme dieses Antrages werden von vielen Seiten sehr schlagende Gründe vorgebracht. Einmal wurde das Prinzip geltend gemacht: Jedes Institut und jede Anstalt, die einen allgemeinen Nationalzweck haben, werden vom Staate unterhalten. Die Volksschule gebe aber die Grundlage für alles Andere und habe also die allererste Anforderung an den Staat, von ihm erhalten zu werden. Es wurde aber außerdem auf das Gehässige des Schulgeldes aufmerksam gemacht, und wie es kein Vertrauen zwischen Lehrern und Gemeinde geben könne, so lange die Kinder den Silbergroschen dem Lehrer in die Schule bringen und das Schulgeld durch Exekution eingetrieben werde. — Der Vorsitzende Köhler entwickelt in längerer Rede, wie gegenwärtig Alles vom Staate Geld verlange, Niemand aber welches geben möchte. Die Schule habe freilich das Recht, ihre Unterhaltung vom Staate zu fordern, man möge aber auch zugleich die Mittel zum Herbeischaffen des Geldes angeben. Er will daher, daß die Gemeinden das bisher gegebene Schulgeld fernerhin dem Staate liefern und außerdem die Begüterten und Reichen, wenn sie auch keine Kinder haben, für die Erhaltung der Schule steuerten. Diese müßten es in ihrem eigenen Interesse thun, da die Sicherheit im Staate, der Sinn für Gesetz und Ordnung durch eine gute Jugenderziehung am besten und dauerhaftesten garantirt werde. — Die Versammlung entschied sich für das von Jordan eingebrachte Amendement, welches folgendermaßen lautet: „Da die Volksschule Nationalanstalt ist, so werde sie ohne besondere Schulsteuer, aber mit Benutzung der vorhandenen Schulfonds vom Staate unterhalten.“

Mit diesen neun Paragraphen ist die Arbeit der ersten Kommission vollendet. Auf Antrag des Vorsitzenden beschließt die Versammlung, um rascher zum Ziele zu gelangen, von morgen ab auch eine Nachmittags-Sitzung zu halten. Zum Schlusse stellt der Abgeordnete Gotsch noch den Antrag, daß die Versammlung die Regierungs-Kommissarien ersuchen möge, der betreffenden Kommission eine allgemeine Vorlage über die Stellung der Lehrer in den drei Regierungsbezirken zu übergeben. Die Versammlung giebt ihre Zustimmung, und die Kommissarien erklären sich, eine solche Vorlage zu liefern. Die Sitzung wird nach 1 Uhr geschlossen.

Breslau, 7. Septbr. [Berichtigung.] In der Beilage zu Nr. 203 der Breslauer Zeitung ist die Anzeige enthalten, daß vor Kurzem hier die ersten jüdischen Juristen als Auscultatoren durch den Rabbiner Dr. Geiger vereidet worden. Dies beruht jedoch offenbar auf einem Irrthum, denn die Vereidigung der gedachten jüdischen Rechtskandidaten, welche am 17ten v. Mts. auf dem hiesigen königl. Oberlandesgerichte erfolgte, ist nicht durch den Rabbiner, sondern durch den königl. Kommissarius, Oberlandesgerichts-Kanzleidirektor Pantell, nach mosaischer Glaubensweise vorgenommen und der Rabbiner dabei auf Grund des Justiz-Ministerialrescripts vom 10. Febr. 1846 blos zugezogen worden. Der Letztere hat zwar Protest gegen die angesonnene Form der Eidesleistung eingelegt, er ist aber damit bis auf weitere Bestimmung zurückgewiesen worden.

** **Breslau,** 7. August. [Beschlüsse des Anger-Bataillons.] In der jüngsten Versammlung dieses Bataillons wurde auf Antrag von Dr. Falk, in Bezug auf die ministerielle Erklärung in der Sitzung der National-Versammlung vom 4ten d. M., der Beschluß gefaßt, eine öffentliche Erklärung abzugeben, des Inhalts: daß, da nach dem Bürgerwehr-Statut der Stadt Breslau die Bürgerwehr die durch die Märzrevolution erlangten Errungenschaften zu beschützen habe, eine dieser ersten Errungenschaften aber die selbstständige National-Vertretung ausmache, das Bataillon auch demgemäß zu handeln gedenke, und alle ihm zu Gebote stehenden Mittel dafür verwenden wolle, daß der Wille der National-Versammlung den Ministern gegenüber zur Geltung gelange. — Ein zweiter Beschluß, auf Antrag von Assessor Guhrauer, wurde dahin gefaßt: In Betreff des Bürgerwehr-Gesetzes eine Adresse an die National-Versammlung zu richten, daß sie den gegenwärtig in Berathung gezogenen Entwurf fallen lasse, und eine aus ihrer Mitte gewählte Kommission mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs beauftragen möge.

Theater.

Ueber den „Pfarrherrn“ der Madame Birch wollen wir weiter keine Silbe verlieren. Es hat sich gezeigt, daß das Stück selbst mit einem Emil Devrient zu keinem Effekt gelangen kann. Wir sind es aber der jungen Darstellerin, Fräulein Marie Devrient schuldig, es öffentlich auszusprechen, daß sie ihre diesmalige Partie in einer so charakteristischen und in jeder Beziehung tadellosen Darstellung gegeben hat, daß wir nunmehr mit Gewißheit behaupten dürfen, Fräulein Devrient werde im Genre der naiven Charaktere bestimmt ganz Vortreffliches leisten. Noch besonders müssen wir hervorheben, daß wir an ihr ein nicht gewöhnliches mimisches Talent wahrgenommen haben.

M. K.

---

* **Breslau,** 7. Septbr. [Zur Geschichte der oberlausitzer Kommunalstände.] Bereits in Nr. 204 der Breslauer Zeitung ist auf die Bedeutung des bevorstehenden außerordenlichen Kommunal-Landtages der Oberlausitz hingewiesen worden. Derselbe ist zwar eröffnet, aber nicht abgehalten worden, wie wir aus nachstehendem Berichte der National-Zeitung ersehen:

„**Görlitz**, 4. Sept. Heute früh ist der vielbesprochene Kommunal-Landtag der oberlausitzer Stände durch Graf Löben feierlichst eröffnet, aber nach kurzer Zeit als „Landtag“ wieder geschlossen worden, weil ein Abgeordneter der Landgemeinden aufstand, den Landtag mit dürren Worten für gesetzwidrig erklärte, und dadurch einen so großen Sturm und Tumult hervorrief, daß der Landesälteste die ganze Angelegenheit wenigstens in dieser Form aufgeben mußte. Er soll nachher, obwohl die Leute durch förmliche Patente einberufen waren, gesagt haben, dies sei nur Behufs einer „Besprechung“ geschehen. Nur die Rittergutsbesitzer sind heute Nachmittag zusammengekommen und werden wohl nächstens mit einem Protest an die National-Versammlung hervortreten.“

Wir haben Gelegenheit gehabt, uns über die Kämpfe, welche das oberlausitzische Stände-Institut in der letzten Zeit um seine Existenz gekämpft hat, aus einer Reihe von Aktenstücken zu überzeugen. Wir gedenken darauf zurückzukommen, heute wollen wir uns darauf beschränken, nachstehendes sehr wichtiges Dokument mitzutheilen:

[Petition an die hohe National-Versammlung zu Berlin.] „Weder der von der Krone vorgelegte Verfassungs-Entwurf, noch der von der Deputation der National-Versammlung ausgearbeitete Verfassungs-Entwurf erwähnen der Aufhebung der bisher bestandenen provinzialständischen Verfassungen und der alten Feudalstände der Ober- und Nieder-Lausitz. Wir sind der Meinung gewesen, daß diese Provinzial- und Feudalstände neben den Reichsständen nicht fortbestehen können, jene die Wirksamkeit der Letzteren hemmen würden, und daß sich daher die Aufhebung der Provinzial- und Feudalstände von selbst verstehe. Anderer Ansicht ist jedoch der Präsident der oberlausitzer Stände, welcher den Titel Landesältester führt, zur Zeit Graf von Löben, und die Mehrzahl der Mitglieder der beiden ersten Stände-Kurien (der Prälaten, Herren und Ritter). Wir müssen nicht allein entschieden gegen das Fortbestehen der oberlausitzer Provinzial-Verfassung, abgesehen von der ultra-aristokratischen Zusammensetzung der Stände, sondern auch gegen die Anberaumung von Landtags-Versammlungen und Einberufung der Ausschüsse protestiren, da

1) alle die Versammlungen und Ausschüsse nur die Sonder-Interessen und Prärogative der altadligen Rittergutsbesitzer, event. der Rittergutsbesitzer überhaupt, bezwecken und nur scheinbar auch die Steuer-Immunitäten der wenigen, bisher nicht besteuerten Rustikalbesitzer schützen sollen, dieselben überdies
2) der armen, starkverschuldeten Oberlausitz durch ihren Zusammentritt ganz unnöthigerweise beträchtliche Ausgaben verursachen.

Die hohe National-Versammlung bitten wir daher

1) in die Einleitung des Verfassungsgesetzes die ausdrückliche Erklärung, daß alle bisher bestandenen provinzialständischen Verfassungen, insbesondere die alten Feudalstände der Ober- und Niederlausitz aufgehoben werden, aufnehmen zu wollen, und
2) Anträge bei der Staats-Regierung zu bilden, daß die Einberufung der oberlausitzer Kommunalstände, so wie der Ausschüsse von jetzt ab unterbleibe.

Muskau, den 3. September 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.“

⊙ **Goldberg**, 5. Sept. [Feuer. — Dislocirung von Gefangenen.] Unsere sonst so ruhige Stadt befindet sich seit vorgestern in großer Aufregung. Am 3. nämlich, Abends nach 9 Uhr, ertönte die Feuerglocke. Es brannte eine Stelle in der Nähe des Bürgerberges, und es ist als erwiesen zu betrachten, daß das Feuer angelegt war. Während man hier noch mit dem Löschen beschäftigt war, erklang die furchtbare Feuerglocke aufs neue. Eine Scheuer auf der entgegengesetzten Seite der Stadt stand in Flammen, und der Wind trieb das Flugfeuer nach der Schmiedegasse, deren Häuser fast alle mit Schindeln gedeckt sind. Der Hülfe Gottes und den großen Anstrengungen der zur Rettung herbeieilenden ist es zu verdanken, daß dieser Feuerregen nicht einen Theil unserer Stadt in Asche legte. Der Verdacht der Brandstiftung war um so gerechtfertigter, als noch während des Brandes ein Brandbrief gefunden wurde, der, wie ein früherer, die Freilassung eines Gefangenen forderte, welcher in Folge des Excesses im Mai eingezogen worden war. Aus Besorgniß vor Wiederholung der Brandstiftung verlangten nun am gestrigen Morgen mehrere Bürger die Freilassung der minder strafbaren und die Abführung der übrigen Gefangenen, welche nach der Nacht vom 25. zum 26. Mai eingezogen worden waren, indem sie sich über die Langsamkeit in der Untersuchung beschwerten. Diesem Verlangen wurde nachgegeben. Nachmittags sollten drei von den am meisten Angeschuldigten aus der Stadt abgeführt werden. Die Kürassiere ritten vor das Gefängniß, die Gefangenen wurden in einen Wagen gebracht und zur Stadt hinaus von einer größeren militärischen Bedeckung begleitet. Das hiesige Freicorps, welches sich dem Militär angeschlossen hatte, wurde von den Umstehenden mit Schmähreden empfangen, bewahrte aber seine ruhige Haltung. Es hat sich sofort freiwillig aufgelöst, und es wird nun endlich zur Errichtung der allgemeinen Bürgerwehr bei uns kommen müssen, da der Aufenthalt der zur Zeit hier befindlichen Abtheilung Kürassiere unter den gegenwärtigen Verhältnissen von unbestimmter Dauer ist.

* **Schweidnitz**, 6. Sept. [Die bevorstehende Wahl eines Deputirten für die preußische National-Versammlung. — Unterstützung Hilfsbedürftiger.] Man schreibt der Bresl. Ztg. von Berlin aus unter dem 3. September, daß hierorts v. Kirchmann als Candidat für die neu vorzunehmende Wahl eines Abgeordneten für die preußische National-Versammlung mit Glück auftrete. Die Berliner Correspondenten scheinen also dies Mal von den Chancen für die hiesige Wahl eher unterrichtet zu sein als der Referent aus Schweidnitz. Ich mache mir aus dieser Unkenntniß kein Gewissen, denn hundert Andern kam diese Nachricht eben so unverhofft; übrigens halte ich Kirchmann für den Kandidaten, über dessen Person am ehesten eine Einigung zwischen den Parteien zu Stande kommen würde. Für einen anderen Kandidaten, der zur Linken gehört, wird sich eine solche schwer erzielen lassen, und es sind, wie es von den Urwählern Striegaus gegen die Wahl Schramms geschehen, ähnliche Demonstrationen zu befürchten. Bereits haben sich indirekt manche Kandidaten empfohlen, Alles Männer von der Linken oder der äußersten Linken, unter ihnen auch solche, die den Beruf in sich fühlen, Vertreter des Volks zu sein, ohne eine oder die andere der erforlichen Eigenschaften zu besitzen. Die demokratische Partei, die sehr beflissen ist, die Wahl nach ihrem Interesse zu lenken, brachte den Dr. Lasker aus Berlin in Vorschlag, hierorts meist bekannt durch die Grabrede, die er bei der Beerdigung der am 31. Juli Gefallenen hielt, der aber aus Privat-Rücksichten zur Annahme eines solchen Mandats sich nicht geneigt zeigen soll. Da die Wahlmänner auf dem Lande an Zahl das Uebergewicht über die Städte (Schweidnitz, Freiburg, Zobten) haben, erstere aber meist aus sogenannten kleinen Leuten bestehen, so ist nicht schwer abzusehen, welches Resultat die Wahl ergeben wird. — Zur Unterstützung der Wittwen und Waisen der bei den bekannten Ereignissen gefallenen Bürger, so wie der Verwundeten sind insgesammt jetzt über 800 Rtl. eingegangen; anerkennungswerth ist der Eifer, den die Berliner Bürgerwehr bewiesen, denn sie hat die ansehnlichsten Beiträge gesteuert.

† **Aus der Provinz**, im September. Am 3ten September Abends in der 11ten Stunde wurde ein berüchtigter Dieb aus Schimotzütz (Kreis Ratibor) auf der Straße von Schimotzütz nach Adamowitz im Walde, als derselbe in Gemeinschaft mit noch drei anderen Personen einen Schubkarren voll Holz zum Verkauf nach Ratibor fahren wollte, mittelst eines Flintenschusses durch Schroot in die rechte Seite des Unterleibes, erschossen. Der Mörder ist bis jetzt noch nicht ermittelt. — Am 5. September Abends 8 Uhr brach in Klemmerwitz, Kreis Liegnitz, bei einem Bauer Feuer aus, wodurch die Scheuer mit sämmtlicher Erndte, so wie zwei Seitengebäude ein Raub der Flammen wurden. Der dadurch entstandene Schaden beträgt gegen 2500 Rthlr.

Mannigfaltiges.

— (Berlin.) In einem der hiesigen Cholera-Lazarethe, dem Pockenhause, sind vom 30. August bis zum 1. September unter Leitung des Professor Troschel an 20 Cholera-Kranken Versuche mit einem von Dr. King in Calcutta empfohlenen und vom Apotheker Simon bereiteten Mittel (Carbonas trichloratus, dreifach Chlor-Kohlenstoff) gemacht worden, welches das glänzende Resultat geliefert, daß von 20 Schwererkrankten sich nach wenigen Stunden 14 in der Reconvalescenz befanden, 6 sind gestorben, bei denen das Mittel keine Reaction gezeigt. Das Mittel wird zu 5 Gran stündlich mit Zucker als Pulver verabreicht. (Z.-H.)

— Herr Dr. Koreff in Paris berichtet der Spenerschen Zeitung über eine neue Entdeckung, welche ein Student der Medizin, Herr Maynard in Boston, gemacht und Colladium genannt hat. Diese Substanz wird hergestellt aus Schwefelsäure, Salpeter und Baumwolle, in dem Verhältniß von 300,200 und 20. Die Baumwolle läßt man drei Minuten in der Flüssigkeit, drückt sie aus und trocknet sie rasch auf Metallplatten. Die so getrocknete Baumwolle löst man in Schwefel-Aether auf, und setzt einige Tropfen Alkohol hinzu, um die Verdampfung etwas zu beschränken. Man beginnt mit einer kleinen Quantität Schwefeläther, zu welcher man etwas mehr hinzusetzt, wenn, nach dem starken Schütteln des Glases die Auflösung zu dickflüssig ist. Die Auflösung muß wie dicker Gummi-Schleim aussehen. Dieses so bereitete Baumwollen-Pulver übt, mit einem Pinsel auf Wundränder gestrichen, eine augenblicklich heilende Wirkung. Bei Schnittwunden, Blutegelstichen, Frostbeulen, Rissen in den Brustwarzen der Ammen, beim Aufspringen der Lippen und der Haut habe es der Entdecker schon mit großem Vortheil angewendet. In vielen Fällen werde es Nadel- und Heftpflaster ersetzen u. s. w. Im Hospital St. Louis zu Paris sind schon glückliche Versuche mit dem Pulver gemacht. Auch von der Industrie werde dasselbe schon vortheilhaft in Anspruch genommen: die leichtesten Stoffe werden durch diese Substanz wasserdicht gemacht, so daß man einen schützenden Mantel von der feinsten Seide wird in der Tasche tragen können.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die Revision des Backwaaren-Gewichts für den Monat August d. J. hat das Ergebniß gezeigt, daß bei der Mehrzahl der hiesigen Bäcker die Backwaaren derselben ein größeres Gewicht hatten, als auf den Selbsttaxen von ihnen angegeben war.

Für den laufenden Monat September d. J. werden von den hiesigen Bäckern dreierlei Sorten Brodt zum Verkauf geboten und zwar für **2 Sgr.**:

Größtes Gewicht:

von der ersten Sorte,
Keeser, Sandstraße Nr. 4, 2 Pfund 16 Loth;
von der zweiten Sorte,
Stösger, Schuhbrücke Nr. 69, 3 Pfund;
von der dritten Sorte,
Köcher, Schmiedebrücke Nr. 52, } 3 Pfund 12 Loth;
Köcher, Neue Sandstraße Nr. 2, }

Kleinstes Gewicht:

von der ersten Sorte,
Kreutzer, Neue Weltgasse Nr. 17, } 1 Pfund 20 Loth;
Lücke, Schuhbrücke Nr. 28, }
von der zweiten Sorte,
Berger, Neue Taschenstraße Nr. 6c, 2 Pfd. 2 Lth.;
von der dritten Sorte,
Pohla, Schmiedebrücke Nr. 63, 2 Pfund 20 Loth.

Außerdem verkaufen die hiesigen Bäcker:
1 Pfund Mittelbrodt für 9 Pfennige,
1 Pfund Hausbackenbrodt für 8 Pfennige.

Breslau, den 4. September 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.

Bekanntmachung.

Der erste heut hier abgehaltene Wochenmarkt hat insoweit ein erfreuendes Resultat geliefert, daß 265 Scheffel Roggen, 133 Scheffel Weizen, 146 Scheffel Gerste und 198 Scheffel Hafer zum Verkauf gebracht worden sind und daß mit dieser Quantität die Herren Käufer noch nicht befriedigt werden konnten. Wir ersuchen demnach, beiderseits uns ferner mit Zuspruch beehren zu wollen.

Schurgast, den 5. September 1848.

Der Magistrat.

Das Anger-Bataillon zu Breslau hat in einer am 6. September d. J. abgehaltenen Versammlung im Springerschen Lokale beschlossen, nachstehende Erklärung durch die Presse zu veröffentlichen und die gesammte Bürgerwehr zum Beitritt aufzufordern:

„Zu den politischen Errungenschaften der März-Revolution gehört zunächst die Anerkennung des Volkswillens. Diesen Volkswillen vertritt die National-Versammlung, ihre Beschlüsse müssen von den Ministern vollzogen werden.

Die National-Versammlung hat am 9. August d. J. einen Beschluß in Beziehung auf das Heer gefaßt, und das Staatsministerium hat am 4. September d. J. die Ausführung dieses Beschlusses verweigert.

Der 1ste Paragraph unseres neuen Statuts de publ. 21. August d. J. sagt:

„„Der Zweck der Bürgerwehr ist Schutz der durch die März-Revolution erlangten politischen Errungenschaften.““

Das Ministerium hat seine Pflicht verletzt. Wir werden unsere Pflicht, wo nöthig, erfüllen.

Das Anger-Bataillon.

Zur Beachtung.

Durch Anschreiben vom 11. August d. J. Seitens einer Kommission zur Regulirung der israelitischen Gemeinde-Angelegenheiten wurden die Mitglieder der Gemeinde aufgefordert, ihre Erklärung abzugeben, ob sie unter angegebener Abänderung der Statuten vom Jahr 1826 für das Fortbestehen der Gemeinde stimmen oder nicht. Unfehlbar kann darauf nur mit „Nein“ geantwortet werden; denn der Hauptzweck einer jüdischen Gemeinde kann nur die Fürsorge für die Aufrechthaltung des Kultus sein. Wenn nun aber, wie das Anschreiben der Kommission ausdrücklich sagt, gerade der Kultus ausgeschieden werden und die Gemeinde nur einen Verein zu wohlthätigen Zwecken repräsentiren soll, so kann eben nur noch von einem Vereine, nicht aber von einer Gemeinde die Rede sein. Abgesehen hiervon ist die früher einige Gemeinde faktisch in die „altgläubige“ und eine „reformatorische Gemeinde“ getrennt, welche erstere „Bevollmächtigte,“ letztere „das Ober-Vorsteher-Kollegium“ als Repräsentanten haben, und kann gedachte Kommission keinesfalls durch die einseitige Beitrittserklärung des Ober-Vorsteher-Collegii autorisirt sein, das Fortbestehen der altgläubigen Gemeinde in Frage zu stellen. Breslau, den 7. September 1848.

Im Namen vieler Gemeinde-Mitglieder.

Berichtigung.

Sonntag den 10. September leitet den Gottesdienst der christkatholischen Gemeinde in der Bernhardinkirche Kandidat Krebs, und des Mittags im Armenhause Kandidat Erdmann.

T.

Theater-Nachricht.

Freitag: Benefiz und letztes Gastspiel von Frau Palm-Spatzer, königl. würtembergische Kammersängerin. Bei aufgehobenem Abonnement: **„Robert der Teufel."** Große Oper mit Tanz in 4 Akten, Musik von Meyerbeer. — Isabella und Alice, Frau Palm-Spatzer.

Verspätet.

Als Verlobte empfehlen sich:

Charlotte Wiener.
Markus Schück.

Krotoschin, den 30. August 1848.

Entbindungs-Anzeige.

Die glückliche Entbindung seiner Frau von einem gesunden Knaben zeigt ergebenst entfernten Bekannten, statt besonderer Meldung an:

Schultz, Rittergutsbesitzer.

Arnsdorf bei Polkwitz, 5. Septbr. 1848.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut Abend 7 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Rosina, geb. Pischner, von einer gesunden Tochter erlaube ich mir allen Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 1. Septbr. 1848.

Carl Mittmann, Bäckermeister.

Entbindungs-Anzeige.

Heut Morgen wurde meine liebe Frau Emma, geb. Linge, von einem Knaben glücklich entbunden.

Pischkawe, 3. September 1848.

Stephan.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend bald nach 10 Uhr entschlief nach langen Leiden zu einem bessern Leben die Frau Caroline Wilhelmine Längner, geb. Tolkemitt, nach vollendetem fünfzigstem Lebensjahre. Sie war uns eine treue Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin. Diese Anzeige widmen wir tiefbetrübt, statt besonderer Meldung, allen Verwandten, Freunden und Bekannten.

Goldberg, den 6. Septbr. 1848.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Heute früh 3 Uhr rief Gott, nach dem nur kurzen Erdendasein von 1 Jahre und 1 Monate, unser Töchterchen Anna, unsere Freude und Hoffnung, zu sich. Im tiefsten Schmerze widmen wir, statt jeder besonderen Meldung, Verwandten und Freunden diese Anzeige.

Breslau, den 7. September 1848.

Diakonus Pietsch und Frau.

Section für Obst- und Garten-Cultur.

Die Herbstausstellung findet vom 10. bis 14. September d. J. im Wintergarten statt. Alle Mitglieder werden ergebenst ersucht, sich bei derselben durch Einlieferung von Gartenerzeugnissen **jeder Art** recht thätig zu zeigen. Am 9. September in den Morgenstunden werden die Ausstellungsgegenstände im Wintergarten in Empfang genommen. Die Adresse bitte ich an mich zu richten. Die hiesigen und die Gärtner der Umgegend von Breslau werden ersucht, sich am 2. Tage der Ausstellung, d. i. den 11. Sept. Abends 7 Uhr, zu einer Versammlung im Wintergarten einzufinden. Zweck: Vereinigung sämmtlicher Gärtner Schlesiens zur Hebung ihres Faches.

Nadbyl,
z. Z. Sekretair der Section.

In dem von mir auf Sonnabend den 9. Septbr., Abends halb 8 Uhr, im König von Ungarn schon angezeigten **Concert** werden die Fräulein Buncke und die Herren Jäschke, Kahle, Werner mich gütigst unterstützen. Herr Musikdirector Hesse hat das Accompagnement gefälligst übernommen. Billets à 15 Sgr. sind in den Musikalienhandlungen der Herren Bote und Bock und Herrn Scheffler zu haben. An der Casse kostet das Billet 20 Sgr.

Breslau, den 7. Septbr. 1848.

Traugott Döge.

Ich warne hiermit Jedermann, meinem Sohne, dem Handlungsdiener Julius Eduard Hunder aus Grabow auf seinen oder meinen Namen, Franz Hunder, etwas zu borgen oder zu verabfolgen, da ich für Nichts aufkomme.

Die Herren **Kräuterei- und Gartenbesitzer** ersuche ich, zu der am 10ten d. M. im Wintergarten beginnenden Ausstellung von **Garten-Erzeugnissen** schöne Exemplare von **Obst- und Gemüsesorten** gefälligst einzusenden. Die Section für Obst- und Garten-Kultur wird dies mit grossem Danke aufnehmen.

Nadbyl,
z. Z. Secr. d. Sect.

---

2 bis 3000 Thaler

auf erste Hypotheken sind zu vergeben. Ein Haus mit großen Raumlichkeiten, für Gerber rc. vorzüglich geeignet und ein dergleichen ohnweit des Ringes, sind vortheilhaft zu kaufen durch C. G. Liebich, Werderstr. Nr. 2.

Ein Knabe, der eine der hiesigen Schulen besucht, kann bei einer stillen Familie, in der zugleich Gelegenheit zur Forthülfe geboten wird, gegen ein billiges Honorar in Pension genommen werden. Näheres hierüber Oderstraße Nr. 24 im Gewölbe.

Für die Kunde Amerika's, insbesondere für Auswanderer,

sind im Verlage der Buchner'schen Buchhandlung in Bayreuth folgende gediegene Werke neu erschienen, und in allen in- und ausländischen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau bei G. P. Aderholz**, sowie in allen sonstigen Breslauer und schlesischen Buchhandlungen:

Büttner, Prof. Dr. **Der Staat Ohio.** Eine geographisch-statistisch-topographische Beschreibung für Einwanderer und Freunde der Länder- und Völkerkunde. 12 Bogen. geh. $\frac{1}{2}$ Rtlr. ☞ Der Staat Ohio mit einer Million deutscher Bevölkerung ist für eine große Anzahl Auswanderer das Hauptreiseziel: es wird daher diese gediegene Beschreibung einem Bedürfnisse entsprechen.

Gottheil, P. E., The english Interpreter. Kleiner amerikanischer Dolmetscher. Handbuch der englischen Sprache. Ein Hülfsbuch zur leichten Aneignung dieser Sprache in Wort und Schrift. Mit besonderer Rücksichtsnahme auf nach Amerika auswandernde Gewerbs- und Landleute. Des kleinen amerikanischen Dollmetschers fünfte, stark vermehrte und durchaus neu bearbeitete Auflage. 11 Bogen. Brosch. $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Ferner sind für Auswanderer erschienen und fortwährend in allen Buchhandlungen zu erhalten:

I. **Th. Bremmes Hand- u. Reisebuch für Auswanderer** nach d. Verein. Staaten von Nordamerika rc. 5te Aufl. mit trefflicher Karte. geb. $1\frac{1}{3}$ Rt.
II. **Th. Brommes Wegweiser für Einwanderer u. Reisende** in den Verein. Staaten rc. Mit Karte. Preis $\frac{2}{3}$ Rtlr.
III. **Reisekarte** der Vereinigten Staaten rc. 12 Sgr.

In der **Schletter**'schen Buchhandlung, Albrechtsstraße Nr. 5, sind antiquarisch vorräthig: Brockhaus'sches Conversations-Lexikon. 9. Aufl. eleg. geb. f. 18 Rtlr. Dasselbe 6. Aufl. 15 Bde. f. 5 Rtlr. Wielands Werke. 53 Bde. Hlbfrzbd. f. 8 Rtlr. Tschokke's ausgewählte Werke. 10 Bde. ($9\frac{1}{2}$ Rtlr.) f. $4\frac{2}{3}$ Rtlr. Shakspeare Werke, deutsch. Halblwdbd. f. $1\frac{2}{3}$ Rtlr. Graff's altdeutscher Sprachschatz. 6 vol. 4. f. 14 Rtlr. Strahlheim's Geschichte unserer Zeit. 142 Bde. f. 5 Rtlr. Christoph Schmid's gesammelte Schriften. 24 Bde. eleg. geb. f. 8 Rtlr. Die heilige Schrift, übers. von de Wette. 3 Bde. 1839. Hlbfrzbd. f. $3\frac{1}{3}$ Rtlr. Hirschberger Bibel, herausg. von Liebich. 3 Bde. 1799. f. $1\frac{1}{2}$ Rtl. Luther's Werke. 51 Bde. Erlangen. ($25\frac{1}{2}$ Rtlr.) f. 17 Rtlr. Gesetz-Sammlung 1810—45. Ppbd. f. 11 Rtlr. Landrecht mit großem Druck. f. $5\frac{1}{2}$ Rtlr. Ergänzungen (Fünfmännerbuch) mit Supplem. 1838—41. Hlbfrzbd. f. 15 Rtlr. Bornemann's Civilrecht. 6 Bde. 1842. Lwdbd. (12 Rtlr.) f. 7 Rtlr.

Kleinere und größere Büchersammlungen kaufe ich zu annehmbaren Preisen.

Bitte. Die Sektion für Obst- und Gartenkultur will uns zum drittenmal in diesem Jahr mit einer Ausstellung erfreuen, welche, wenn sie anders in ihren gewiss nützlichen Bestrebungen recht eifrig unterstützt würde, nach Maassgabe der Jahreszeit vorzugsweise einen Ueberblick der bei uns kultivirten Spätobstsorten gewähren könnte. Wir richten daher die Bitte an das verehrte Publikum, insbesondere an das von Breslau, sich recht zahlreich dabei betheiligen zu wollen. Jeder, auch der kleinste Beitrag an Blumen, Obst oder Gemüse wird willkommen sein.

Breslau, den 7. September 1848.

Das Präsidinm der schles. Gesellsch. f. vaterländ. Kultur.

Göppert, z. Z. Präses. Bartsch, z. Z. General-Sekretär.

Oberschlesische Eisenbahn.

Die im Laufe des Jahres 1847 und bis zum 1. April d. J. auf der Oberschlesischen Eisenbahn gefundenen Sachen können bis zum 1. Oktober d. J. von den sich legitimirenden Eigenthümern bei unserer hiesigen Bahnhofs-Inspektion in Empfang genommen werden. Nach Ablauf der oben gedachten Frist werden diese Gegenstände zum Besten des Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Fonds meistbietend verkauft werden.

Breslau, den 24. August 1848. **Das Direktorium.**

Gasbeleuchtungs-Aktien-Gesellschaft.

Um dem resp. Publikum die Anlage von Gas-Einrichtungen möglichst zu erleichtern, haben wir bereits früher bedeutende Preisermäßigungen bei derselben eintreten lassen; da jedoch die Kosten für das von dem Hauptrohre bis an das Haus zu legende Zuleitungs-Rohr noch vielfältig die Einrichtung vertheuert, so werden den Abnehmern für die Folge bei allen Einrichtungen auf den gewöhnlichen Straßen innerhalb der Stadt die genannten Zuleitungsröhren auch bei weiterer Entfernung nur bis zur Länge von zwölf Fuß in Anrechnung gebracht. Breslau, den 25. August 1848.

Das Direktorium der Gasbeleuchtungs-Aktien-Gesellschaft.

Bekanntmachung.

Die Herren Aktionäre des **Spremberg-Görlitzer Chausseebaues** werden hierdurch aufgefordert, auf die von ihnen gezeichneten Aktienbeträge eine fernerweite **Einzahlung von Zwanzig Prozent** unter Abrechnung von 4 Prozent Zinsen von den bereits eingezahlten 30 Prozent für 2 Monat **bis spätestens zum 1. Oktober d.** zur Vermeidung der im § 28 der Vereinsstatuten bestimmten Nachtheile an das Landsteueramt zu Görlitz zu leisten. Görlitz, am 30. August 1848.

Das Direktorium der Spremberg-Görlitzer Chausseebau-Gesellschaft.

Königs-Seife
von Friedrich Jung u. Comp. in Leipzig.

Der Gebrauch dieser so höchst lieblichen Toiletteseife, welche wir seit 10 Jahren anfertigen, hat sich ohngeachtet der so vielfältigen Nachahmungen, welche in Berlin, Wien, München, selbst hier am Orte entstanden, so sehr vergrößert, daß wir es sowohl in unserm, als besonders im Interesse unserer geehrten Abnehmer für nöthig halten, darauf besonders aufmerksam zu machen, wie

unser Fabrikat als das erste und anerkannt beste, von der Medicinalbehörde geprüft, in weißer Farbe, auf der Seife den Namen „Königsseife J. u. C." und das kgl. sächsische Wappen trägt, inwendig mit einem Umschlag, worauf die große Preismedaille, und unsere eigenhändige Namensunterschrift versehen und äußerlich auf dem Etiquet außer dem k. s. Wappen nochmals unser Name befindlich ist.

Diese unsere Seife enthält durchaus keine ätzenden scharfen Bestandtheile, hat einen sehr lieblichen Geruch, und ist in jeder Hinsicht so angenehm zum Gebrauch, daß sie selbst die empfindlichste Haut zart, weiß und weich macht.

Dabei empfehlen wir noch unsere übrigen Fabrikate, in Cocosseifen, Windsorseifen, Haaröle, Pommaden und Odeurs aller Art.

Friedrich Jung u. Comp.,
k. s. c. Parfümeriefabrikanten in Leipzig.

Nach freundschaftlichem Uebereinkommen scheidet mit dem heutigen Tage Hr. **A. Bruck** aus der von uns bisher innegehabten Kleiderhandlung unter der Firma **Freyhan u. Bruck.** Herr S. Freyhan hat sämmtliche Aktiva und Passiva der genannten Handlung übernommen und wird dieselbe für alleinige Rechnung unter der Firma **S. Freyhan** fortführen. Breslau, den 8. September 1848.

S. Freyhan.
A. Bruck.

Auf obige Anzeige Bezug nehmend, sage ich für das mir bisher geschenkte Vertrauen meinen ergebensten Dank, und bitte mir dasselbe auch für mein späteres Unternehmen aufzubewahren. Breslau, den 8. September 1848. **A. Bruck.**

Von frischem geräuch. Silber-Lachs

empfingen per Post und empfehlen: **Lehmann u. Lange,** Ohlauerstraße Nr. 80.

Ein eiserner eleganter Stubenofen

ist zu verkaufen. Das Nähere Herrenstraße Nr. 20 im Comtoir.

Bekanntmachung.

Den hiesigen städtischen Holzhofs-Unterbeamten ist auf das Strengste untersagt, bei Anweisung von Holz rc. Remunerationen oder Geschenke irgend welcher Art und unter irgend welchem Vorwande anzunehmen.

Breslau, 4. September 1848.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Die anher erstatteten Anzeigen: a) der unverehelichten Wolf zu Grabow bei Stettin, als Erbin der im Jahre 1828 verstorbenen Kaufmann Schwarz, Christiane, Dorothea, Beate geb. Schöbel, daß die der genannten Erblasserin gehörig gewesenen, gegen Zins-Recognitionen außer Kurs gesetzten Pfandbriefe O. N. Rietschütz GS. 26 à 100 Rtl. und Schöneich BB. 17 à 100 Rthl. der Erblasserin oder aus deren Nachlasse abhanden gekommen; b) des Erbscholtisei-Besitzers F. Fey aus Dammer, Oelser Kreises, daß ihm die Pfandbriefe Hünern LW. 53 à 100 Rthl., Kattern II. weltlicher Antheil BB. 12 à 100 Rthl., Radaxdorf BB. 12 à 100 Rtl. Neuvorwerk OM. 26 à 200 Rthl., bei dem am 8. und 9. Juli d. J. zu Dammer stattgefundenen Brande mitverbrannt seien; werden nach Vorschrift der Prozeß-Ordnung Tit. 51, § 125 hiermit bekannt gemacht.

Breslau, den 4. September 1848.

Schlesische General-Landschafts-Direktion.

Holz-Verkauf.

Aus den Etatsschlägen der königl. Ober-Förstereien Dambrowka und Budkowitz pro 1884 sind

circa 3600 Klaftern Kiefern- und Fichten-Brennholz, und
circa 1000 Klaftern Eichen-, Buchen-, Birken- und Erlen-Brennholz

an die Flößbäche angefahren worden, zu deren öffentlichem meistbietenden Verkauf ein Termin **auf den 21sten d. M. von Vormittags 10 bis 12 Uhr** in hiesiger Forst-Kanzlei angesetzt worden ist. Es werden zu demselben Kauflustige mit dem Bemerken eingeladen, daß, wie gewöhnlich, der vierte Theil des Meistgebots im Termine selbst nach erfolgtem Zuschlage an den anwesenden Forstkassen-Rendanten gezahlt werden muß. Das Holz kann vor dem Termine zu jeder Zeit in Augenschein genommen werden, und haben sich deshalb Kauflustige bei dem Unterzeichneten zu melden. Alle übrigen Bedingungen werden im Termine vorgelegt resp. vorgelesen werden.

Zum Schluß wird noch bemerkt, daß vielleicht auch eine Quantität Stockholz zum Ausgebot kommen wird.

Dambrowka, den 3. Sept. 1848.

Der k. Oberförster Heller.

Die Beschaffung eines Theils der, zur Unterhaltung der Schweidnitzer und Glatzer Chaussee im 3ten Wegebaukreise nöthigen Steinmaterialien soll, erhaltenem Auftrag zu Folge,

= Montag den 11ten d. Nachmittags 2 Uhr =

in der Wohnung des Unterzeichneten, Neue Taschenstraße Nr. 6d, 3 Treppen, öffentlich vergeben werden, und zwar:

1) für die Schweidnitzer Chaussee:
von Kleinburg bis Hartlieb 100 Schchtrth.
vom Theilpunkt der Glatzer Chaussee bis Tinz . . 30 „
2) für die Glatzer Chaussee:
vom Theilpunkt bis Bettlern 4 „
von Bettlern bis Magnitz 46 „

wozu Lieferungslustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß auch auf das Anerbieten kleine Quantitäten anzufahren, nach Möglichkeit gerücksichtigt werden soll.

Breslau, den 7. September 1848.

Der Wegebaumeister Herrmann.

Unterkommen-Gesuch.

Ein sehr gewandter brauchbarer Handlungs-Kommis (tüchtiger Detaillist), welcher in einem der ersten Häuser einer Provinzialstadt bereits 4 Jahre und zwar zur vollkommensten Zufriedenheit seines Herrn Prinzipals servirt und bestens empfohlen wird, sucht zu Termin Michaelis eine andere Stelle, möglichst auf hiesigem Platze. — Hierauf reflektirende Herren Prinzipäle erfahren das Nähere hierüber Ohlauerstraße Nr. 79 bei

Simchen.

Grafen, Barone, Gutsbesitzer,

jung, von feiner Bildung, mit Vermögen, können durch Verheirathung hübscher gebildeter Damen von 20—22 Jahren, guter Familie, Vermögen von 70,000, 80,000, 100,000 und 150,000 Rtl. sich erwerben. Reele Offerten, aber nur solche, unter Chiffer B. 10 Kap. 31 Spr. Salom. im Geschäftszimmer Spandauerstraße 36 in Berlin abgegeben, werden berücksichtigt.

☞ **Avis.**

Ein solides und gewandtes junges Mädchen von rechtlichen Eltern wünscht als Kammerjungfer oder auch als Ladenverkäuferin hier, oder auch außerhalb, zu Michaelis ein derartiges Placement. Nähere Auskunft ertheilt das

Commissions- und Agentur-Bureau von
Alexander u. Comp.,
Kupferschmiedestraße Nr. 12.

Ein Kapital von 1500 Thaler wird gegen hypothekarische Sicherheit gesucht. Mittheilungen werden unter der Adresse L. M. poste restante Breslau erbeten.

Sonntag den 10. Septbr., Mittag 1 Uhr,
Volksversammlung in Domslau,
Breslauer Kreises, zur Mittheilung der Statuten des Landvolksvereins zur Vollziehung aller übrigen, bei der Klettendorfer Versammlung gefaßten Beschlüsse ꝛc.

Auf die Annonce des Herrn **Virtel** in der Beilage zu Nr. 207 der Breslauer Zeitung fühle ich mich zu der Bemerkung veranlaßt, daß dies unsittliche Benehmen sich nur Schmiedegesellen haben zu Schulden kommen lassen, welche nicht nur allein zu unserer Herberge keinen Zutritt, sondern auch wir mit denselben keine Gemeinschaft haben. Herrn Virtel jedoch der wohlmeinende Rath, daß, wenn derselbe das Gewerk namhaft macht, zur Rechtfertigung der Gebildeten dieses Standes, auch die Ruhestörer persönlich zu nennen, um so mehr, da er den Charakter der Konsorten ganz verschweigt.
Im Namen der Gesellen des Schmiedemeisters Herrn Linke
C. Schachmann.

Flora-Fest
im Schweizer-Hause
morgen Sonnabend den 9. Septbr.
Der Saal wird aufs **Eleganteste dekorirt** und erleuchtet sein. Anfang 7 Uhr.
Entree für Herren 10 Sgr., Damen 5 Sgr.

Liebich's Garten,
heute, den 8. September, großes
Militär-Concert.

Auf dem Weidendamm
heute Freitag den 8. Septbr.: **Land- und Wasserfeuerwerk,** angefertigt von Herrn **Schwiegerling.** Anfang halb 8 Uhr. Entree für Herren $2\frac{1}{2}$ Sgr. Damen 1 Sgr. Da es in diesem Jahre das letzte Feuerwerk ist, welches bei mir abgebrannt wird, so lade ich zu recht zahlreichem Besuch ergebenst ein.
Schlensog.

Fürstensgarten.
Heute Freitag
großes Militär-Horn-Konzert.
Entree à Person 1 Sgr. **A. Ziegler.**

Für Kürschner!
Meinen geschätzten auswärtigen Kunden die ergebene Anzeige, daß ich zum bevorstehenden Jahrmarkt für ein reichhaltig affortirtes Lager der neuesten Wollen- und Seiden-Plüsche Sorge getragen habe und zu zeitgemäßen Preisen verkaufe.
Emanuel Hein, Naschmarkt 52.

Eltern junger Mädchen,
welche denselben eine **höhere Ausbildung** zu geben wünschen, wird der Herr Consistorialrath **Falk** die Güte haben, eine sehr anständige Justizbeamten-Wittwe für **Kost, Pflege** und **Umgang** alsbald nachweisen.

Ein Handlungsdiener,
der gut polnisch spricht und tüchtig ist im Spezerei-Detail-Geschäft, findet bei mir vom Oktober d. J ab Unterkommen. Anmeldungen erbitte franko.
L. J. Weigert, in Rosenberg O/S.

Offene Stelle
für einen evangelischen Hauslehrer durch **Jos. Delavigne,** Ketzerberg Nr. 13.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben
Sonnabend den 9. September, ladet ergebenst ein: **Werner,** Cafetier,
im schwarzen Adler, Matthiasstr. 25.

Eine Kammerjungfer, welche bereits in mehreren großen Häusern hierselbst conditionirt und gute empfehlende Zeugnisse besitzt, sucht ein Unterkommen; Näheres bei
O. Walter, Ohlauerstr. Nr. 70.

Eine Direktrice, die in Putzarbeit sowohl in Hauben wie auch in Hüten gewandt ist, kann sofort eine annehmbare Stellung außerhalb Breslau bekommen; Näheres ertheilt Madame Schubert, Hintermarkt Nr. 1.

Zu verkaufen
alle Sorten starkes und schwaches Schmiedeeisen, Bleche, Gittereisen, Ofenthüren, Röhren u. s. w., bei
Samuel Pinoff,
Goldeneradegasse Nr. 7.
Auch kaufe ich altes Eisen, Messing, Blei, Kupfer, **Schweinswolle** und **Roßhaare** zu annehmbaren Preisen.

13 Pf. das preuß. Quart sahnenreicher Milch, direkt vom Dominium, Sahne auf Bestellung wird verkauft, Morgens 6—9 Uhr vor dem **blauen Hirsch, Ohlauerstraße.**

Eine Kattun-Presse,
so gut wie neu, ist billig zu verkaufen. Auch ist bei uns eine seidene Damenmantille liegen geblieben. **Erber u. Eppenstein,** Paradeplatz Nr. 9.



Zwei Pony
stehen Reuschestraße Nr. 60 billig zum Verkauf.

Vinaigre rouge
von Louis Guenifroy et Fils in Bordeaux offerirt: **S. G. Schwartz,**
Ohlauerstrasse No. 21.

Hippologisches.
Da ich mein Gestüt bedeutend verringere, so will ich eine bedeutende Anzahl meiner Pferde, worunter auch zwei Vollblut-Mutter-Stuten, welche beide mit dem Vollblut-Hengst Sheet-Anchor zugekommen, zu sehr billigen Preisen verkaufen; dieses beehrt sich hiermit ergebenst bekannt zu machen:
Heller, königl. Amtsrath.
Chrzelitz, den 6. September 1848.

Mein wirklicher
Ausverkauf,
bestehend in abgelagerten **Cigarren** u. **Tabaken,** dauert noch kurze Zeit fort.
August Hertzog,
Schweidnitzer Straße Nr. 5.

Der präparirte
Pfeffermünz-Zucker,
von mehreren geehrten Käufern als Cholera-Zucker begehrt, ist à Carton $2\frac{1}{2}$ Sgr. wieder vorräthig bei
Eduard Groß, am Neumarkt 42.

Reibzeuge
zu Streichzündhölzern sind stets vorräthig bei **C. Wolter,** große Groschengasse Nr. 2.

Frisches Rothwild,
à Pfd. 3 Sgr.; frische Hasen gespickt 15 Sgr., empfiehlt: Wildhändler **R. Koch,**
Ring Nr. 9, neben 7 Kurfürsten.

Frische Rehrücken,
die stärksten das Stück 1 Rtlr. 10 Sgr., die Keule 1 Rtlr. 5 Sgr.;
frisches Rothwild,
das Pfund vom Rücken 3 Sgr.;
frische Hasen,
gut gespickt das Stück 12 und 15 Sgr.;
frische Rebhühner,
das Paar 8 u. 9 Sgr., empfiehlt:
Frühling, Wildhändlerin,
Ring Nr. 26, im goldnen Becher.

Frische Hasen,
gut gespickt à 12 Sgr., die stärksten 16 Sg., **Rebhühner,** das Paar 7, die schönsten 8 Sg., **Fasanen,** das Paar 1 Rtl., **Rehkeulen** und **Rehrücken,** das Stück von 1 Rtl. bis 1 Rtl. 10 Sg. empfiehlt:
Beier, Wildhändler,
Kupferschmiedestraße Nr. 16.

Von den so sehr beliebten
Warschauer Stearin-Lichten
empfing wieder eine neue Sendung und empfiehlt billigst:
Albert Landé,
Ohlauer Straße Nr. 87, in der gold. Krone.

Feine Mandel-Seife,
elegant in Staniol gepackt,
Fabrik-Preis à Dutzend 1 Rthl., offerirt:
Eduard Groß, am Neumarkt 42.

☞ **Ein Stall** zu vier Pferden nebst Wagenplatz ist von Michaelis d. J. ab zu vermiethen; **Junkernstraße Nr. 21,** bei **Jul. Baer.**

Karlsstraße Nr. 38 sind einige schöne Wohnungen im Hofe, und zwar billiger als früher, zu vermiethen; Näheres bei
Emanuel Hein, Ring Nr. 52.

Ein freundlich möblirtes Zimmer
im ersten Stock ist vom 1. Oktober ab zu vermiethen Kränzelmarkt Nr. 1, Ecke der Schuhbrücke.

Michaelis zu beziehen ist **Schuhbrücke Nr. 38** die zweite Etage, neu in Stand gesetzt, von 6 Piecen nebst Zubehör.

Ein frequenter Gasthof ist sofort zu verkaufen. Ernstliche Käufer erfahren das Nähere unter der Adresse A. P. poste restante Breslau.

Ein evangel. Schul-Adjuvant, musikalisch, sucht ein Engagement als Hauslehrer. Offerten werden unter Chiffre O. W. poste restante Reichthal höflichst erbeten.

In der Schweidnitzer Vorstadt ist auf der Gartenstraße ein anständiges Zimmer, mit besonderem Eingange, möblirt oder unmöblirt, vom 1. Oktober ab zu vermiethen. Näheres ist gefälligst beim Kommissionair Hrn. **Selbstherr,** Herrenstraße Nr. 20, oder Gartenstr. Nr. 18, 1 Stiege hoch, zu erfragen.

Nachdem ich das ehemals Kaufmann Hertel'sche Haus, nah am Oberthore zu Freiburg in Schlesien, käuflich übernommen habe und sich das darin seit Jahren mit dem besten Erfolg betriebene Spezerei-, Material-Waaren-Geschäft dadurch aufgelöst hat, bin ich Willens, die zu diesem Geschäft erforderlichen Piecen wieder zu solchem Zweck zu verpachten. Es gehören hierzu:
1) das Kaufmannsgewölbe mit Comtoir-Stube,
2) ein großes massives Waaren-Lager-Gewölbe,
3) drei sehr freundliche Parterr-Stuben nebst Küche.

Interessenten für dieses höchst vortheilhafte Pachtgeschäft bemerke ich, daß ich jeden Dinstag bis Mittags 1 Uhr in meinem Hause zu Freiburg zu sprechen bin und die nähern Pachtbedingungen bei mir selbst entgegen genommen werden können. Zu jedem andern Tage würde ich zur persönlichen Rücksprache auf meinem unten genannten Gute zu treffen sein. Rauske bei Striegau.
Unger, Rittergutsbesitzer.

☞ Landwirthschaftliches. ☜
Einen Vorrath selbstgefertigter Säemaschinen, Hohenheimer Pflüge, Siedeschneidemaschinen, Malzquetschen, Schrotmühlen, Reibmaschinen, Kartoffelquetschen, Rappsdrillmaschinen, Satinirmaschinen, englischer Maschinenmangeln, und eine große Obstpresse, mit zwei eisernen Spindeln, empfiehlt zu den möglichst billigsten Preisen:
die Maschinenbau-Anstalt von **J. V. Münnich's** sel. Wwe.,
Odervorstadt, Rosenthalerstraße Nr. 4.

Neuestes Parfüm.
Quint-Essenz d'Eau de Cologne ambrée
von Friedrich Jung u. Comp. in Leipzig.
Die so günstige Aufnahme, welche dieses liebliche Parfüm überall gefunden, das mit dem bekannten Eau de Cologne durchaus nicht zu vergleichen, spricht am besten für dessen Werth und Qualität, hat jedoch auch bereits Nachahmungen hervorgerufen, und sehen wir uns deshalb veranlaßt, das geehrte Publikum zu bitten, nur dasjenige, welches auf Flasche, Etiquet und Umschlag mit unserer Firma versehen, als das allein ächte anzusehen, dessen gute Qualität wir jederzeit verbürgen.
An Wiederverkäufer geben wir elegante Aushängeschilder gratis.
Friedrich Jung u. Comp.,
k. s. c. Parfümeriefabrikanten in Leipzig.

Mehrseitig ausgesprochenen Wünschen zufolge habe ich mich veranlaßt gefunden, ein Commissions-Lager von den bekannten **Doktor Löwer's bitteren Tropfen** dem Hrn. **J. B. Bartsch in Breslau,** Neuweltgasse Nr. 41, zu übergeben, was ich mit dem Bemerken hiermit bekannt mache, daß derselbe in den Stand gesetzt ist, meine hiesigen Preise auch dort zu stellen, nämlich 5 Sgr. pro Flasche, und pro Dutzend Flaschen $1\frac{1}{6}$ Thl. Jede Flasche ist mit Gebrauchsanweisung versehen. **Philipp Löwer** in Stettin.

Grünberger Weintrauben
empfing die erste Sendung per Post in vorzüglicher Güte und empfiehlt einzeln wie in Gebinden billigst:
Emil Mayer, Oderstraße Nr. 24, in den 3 Brezeln.

Grünberger Weintrauben
Reuschestraße Nr. 60 im schwarzen Adler, treffen täglich Postsendungen ein.

Grünberger Weintrauben.
Hiermit erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich von heut ab wiederum Bestellungen auf Weintrauben annehme, da ich mir bereits durch mehrjährige Versendungen die Zufriedenheit meiner Abnehmer erworben, so versichere ich, daß ich auch dieses Jahr alles aufbieten werde, meine geehrten Kunden vollkommen zufrieden zu stellen, der Preis pro Pfund Netto-Gewicht ist 2 Sgr. 3 Pf., Gefäß und Verpackung gratis. Obgleich so billig gestellt, verspreche ich doch die ausgezeichnetsten Trauben zu senden. Die Gelder bitte portofrei mir einzusenden. Grünberg in Schlesien, den 5. September 1848.
Gustav Piltz, Böttcher-Meister.

Ein anständiges Mädchen findet bei achtbarer Familie gegen billige Bedingungen Wohnung und Kost; Näheres Kupferschmiedestr. Nr. 35, eine Treppe.

Pensionäre
können unter billigen Bedingungen Kleine Groschengasse Nr. 23 eine gute und freundliche Aufnahme finden, bei Marquard.

Zwei möblirte Zimmer
in der Nähe des Ringes, sind entweder zusammen oder getheilt, sofort oder vom 1. Oktober billig zu vermiethen; zu erfahren bei Hamburger, Schweidnitzer-Straße Nr. 51.

Eine Bäckerei
in einer Provinzialstadt bei Breslau, an der Eisenbahn gelegen, wird bei 40 Rthlr. jährlicher Pacht sofort zu verpachten gesucht durch das Commissions-Büreau von
E. Berger, Bischofstraße 7.

Den 11. Sept. Reisegelegenheit nach Reinerz und Kudowa Messergasse Nr. 28.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Generallieut. Gr. Ubriel v. Czatzki u. Major u. Adjutant v. Sacken aus Petersburg. Oberstlieut. Weltz a. Neisse. Oberst Verlohren a. Erfurt. Landes-Oekonomierath Schruff a. Gr.-Wullfen. Eisenbahn-Direkt. Homlingh a. London. Offizier v. Zginicki a. Luxemburg. Partikulier Herthel a. Meissen. Einnehmer Grübel u. Herr Knauth a. Leipzig. Gutsbes. v. Costaki a. Jassy. Justiz-Kommiss. Schulz a. Neisse. Partikulier Douglas a. Neuyork. Partikulier Doorman a. Hamburg. Kommerzien- u. Konferenzrath Herder a. Düsseldorf. K. k. Offizier v. Sterlhofer a. Wien.

Breslauer Getreide-Preise
am 7. September.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	70	Sg.	66	Sg.	63	Sg.
Weizen, gelber	67	„	63	„	60	„
Roggen	38	„	35	„	31	„
Gerste	$30\frac{1}{2}$	„	29	„	27	„
Hafer	19	„	18	„	17	„

Breslau, den 7. September.
(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Kaiserliche Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{1}{3}$ Br. Louisd'or $112\frac{1}{2}$ Br. Polnisches Courant 95 Gld. Oesterreichische Banknoten $94\frac{5}{12}$ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $75\frac{1}{6}$ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 97 Br., neue $3\frac{1}{2}$% $78\frac{3}{4}$ Gld. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $90\frac{2}{3}$ Br., Litt. B 4% $92\frac{2}{3}$ Gld., $3\frac{1}{2}$% $81\frac{1}{12}$ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% $90\frac{3}{4}$ Gld., neue $90\frac{3}{4}$ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% $87\frac{5}{12}$ Br. Oberschlesische Litt. A $3\frac{1}{2}$% $90\frac{1}{3}$ Br., Litt. B $90\frac{1}{3}$ Br. Krakau-Oberschlesische 44 Br. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% 70 Br. Neisse-Brieger 40 Br. Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% 76 Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $42\frac{1}{6}$ Gld. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mt. $142\frac{1}{3}$ Gld. Berlin 2 Mt. $99\frac{1}{6}$ Gld., keine Sicht $100\frac{1}{6}$ Br. Hamburg 2 Mt. 151 Br., keine Sicht 151 Gld. London 3 Mt. 6. $22\frac{5}{6}$ Br.

Berlin, den 6. September.
(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $76\frac{3}{8}$ Br., Prior. $4\frac{1}{2}$% $91\frac{1}{2}$ Br. Niederschlesische $3\frac{1}{2}$% $69\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Prior. 4% 82 Br., Prior. 5% 94 bez., Ser. III. 5% $89\frac{3}{8}$ bez. Oberschlesische Litt. A $3\frac{1}{2}$% 91 etw. bez. u. Br., Litt. B 91 etw. bez. u. Br. Rheinische $54\frac{1}{2}$ Br., Prior. 4% $68\frac{1}{2}$ Gld. Posen-Stargard 4% 68 u. $67\frac{3}{4}$ bez. bez. u. Br. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4%, $42\frac{1}{8}$ à $\frac{3}{4}$ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% $74\frac{7}{8}$ etw. bez u. Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. $87\frac{3}{4}$ Br. Posener Pfandbriefe 4% $96\frac{3}{4}$ Gld., neue $3\frac{1}{2}$% 79 Gld. Friedrichsd'or $113\frac{3}{8}$ Br. Louisd'or $112\frac{1}{2}$ bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue 91 Gld.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Nimbs.